DIE PARISER KOMMUNE VON 1871

72 Tage Freiheit

Im Juli 1870 erklärte Kaiser Napoleon III. dem Königreich Preussen den Krieg. Preussen, regiert von König Wilhelm I. und seinem Reichskanzler Otto von Bismarck, strebte die Gründung eines Deutschen Reiches unter seiner Vorherrschaft an. Napoleon III., dessen diktatorisches Regime in Frankreich von der Bevölkerung immer stärker kritisiert wurde, wollte die Entstehung eines starken, geeinten Deutschen Reiches nicht dulden und seine zunehmend gefährdete Position durch einen aussenpolitischen Erfolg stärken. Deshalb entschloss er sich dazu, Preussen anzugreifen, welches zuvor mit allen anderen deutschen Staaten ein Verteidigungsbündnis abgeschlossen hatte. Von Anfang an lief der Krieg schlecht für Napoleon III. Während eine Welle nationalistischer Gefühle die deutschen Staaten zusammenschweisste, erwies sich die französische Armee den deutschen Truppen hoffnungslos unterlegen. Napoleon III. wurde im Herbst 1870 bei der Schlacht von Sedan von deutschen Truppen gefangen genommen.

Paris (1871)
«Droits du peuple de Paris«
(Rechte des Volkes von Paris)
«Commune»
«Je veux être libre!... c'est
mon droit et je me défends.»
(Ich will frei sein!... das ist mein
Recht und ich verteidige mich.)

Lithographie, W. Alexis

VERRAT VON THIERS

Am 4. September 1870 stürmten zehntausende von Pariser ArbeiterInnen gemeinsam mit Teilen der Nationalgarde das Palais Bourbon und riefen die Republik aus. Allerdings erwiesen sich die linken Kräfte als äusserst schwach (viele linke Revolutionäre sassen noch in den bonapartistischen Gefängnissen), schlecht organisiert und zersplittert, so dass sich konservative bürgerliche Kräfte an die Spitze der Republik stellten. Unter dem Ministerpräsidenten Adolphe Thiers entstand die so genannte «Regierung der nationalen Verteidigung». Obwohl Thiers in der Öffentlichkeit stets beteuerte, Frankreich mit allen Mitteln zu verteidigen, strebte er bereits kurz nach seiner Machtergreifung ein Abkommen mit König

Wilhelm an, dessen Truppen weit nach Frankreich vorgerückt waren und Paris belagerten. Im Verlauf des Kriegs veränderte sich die französische Hauptstadt immer mehr. So stellten Pariser Arbeiter eigene Streitkräfte für die Nationalgarde auf. Vor 1870 war die Nationalgarde eine Art Bürgerwehr von 21'000 Freiwilligen, die sich aus dem wohlhabenden Bürgertum zusammensetzte. Nun entstanden aber in den Arbeitervierteln neue Bataillone der Nationalgarde, die sich vorwiegend aus Arbeitern und Handwerksgesellen rekrutierten. Sehr bald wuchs die Zahl an Nationalgardisten auf 350'000 Bewaffnete heran. Während aber die alten regierungstreuen Bataillone von der bürgerlichen Regierung moderne Gewehre erhielten, wurden die neuen Arbeiterbataillone nur schlecht ausgerüstet. Die Stimmung in Paris wurde zunehmend revolutionärer. Thiers beunruhigte die Bewaffnung der Arbeiter. Deshalb beschloss er, sich mit den Preussen zu einigen. Seine Furcht vor dem sich bewaffnenden Proletariat, das nach Emanzipation dürstete, war grösser als die Angst vor einer Niederlage gegen Preussen. Deshalb bevorzugte er es, mit Wilhelm I. zu verhandeln, obwohl ihm klar war, dass dies schmerzhafte Konzessionen nach sich ziehen wird. Er schloss im Januar 1871 einen Waffenstillstand mit Deutschland, um den revolutionären Unruhen im eigenen Land entgegentreten zu können. Marx schreibt dazu: «Paris war nicht zu verteidigen, ohne seine Arbeiterklasse zu bewaffnen, sie in eine brauchbare Kriegsmacht zu verwandeln und ihre Reihen durch den Krieg selbst einzuschulen. Aber Paris in Waffen, das war die Revolution in Waffen. Ein Sieg von Paris über den preussischen Angreifer wäre ein Sieg gewesen des französischen Arbeiters über den französischen Kapitalisten und seine Staatsparasiten. In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Klasseninteresse zauderte die Regierung der nationalen Verteidigung keinen Augenblick – sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verrats.»

DER AUFSTAND VOM 18. MÄRZ

Unmittelbarer Auslöser des Aufstandes – welcher schliesslich zur Bildung der Kommune führte – war der Versuch der Regierung, die Pariser Nationalgarde zu entwaffnen. Bei Anbruch der Morgendämmerung am 18. März 1871 marschierten mehrere Tausend reguläre Soldaten der französischen Regierung in Paris in Richtung Montmartre. Ihr Auftrag war es, Kanonen und schwere Geschütze, die sich in den Händen der Pariser Nationalgarde befanden, zu beschlagnahmen. Die Konfiszierung dieser Waffen sollte der erste Schritt zur Wiederherstellung der Autorität der Regierung Frankreichs über die sich in Unruhe befindende Hauptstadt sein. Seit dem Beginn des Krieges gegen Deutschland im März 1970, der für die Pariser die Belagerung ihrer Stadt durch deutsche Truppen, Hunger und ständige Bombardierung mit sich brachte und der mit der Kapitulation der französischen Regierung endete, hatte sich die Bevölkerung immer mehr von den Herrschenden abgewandt. Sie waren nicht bereit, sich weiter unterdrücken zu lassen. Am Ende des Krieges war Paris faktisch unregierbar. Während die reguläre französische Armee zu einem Grossteil demobilisiert wurde, behielt die Nationalgarde ihre Waffen.

Die Montmartre-Expedition brachte Thiers allerdings nicht den gewünschten Erfolg. Denn Tausende Mitglieder der Nationalgarde sowie Frauen und Kinder widersetzten sich den Soldaten und versuchten sie zu überreden, sich ihnen anzuschliessen. Die Strassen des Montmartre füllten sich mit

Menschen, Pferden und Geschützen. Von beiden Seiten wurden vereinzelt Schüsse abgegeben, aber grösstenteils ignorierten die Soldaten den Befehl ihrer Offiziere, die Menschenmenge zurückzudrängen. Viele verbündeten sich mit der Pariser Bevölkerung und händigten ihre Waffen aus. Ähnliche Szenen spielten sich in allen Quartieren ab. Überall in der Stadt errichtete die Bevölkerung Barrikaden. Die Regierung Thiers sowie das Armeekommando flohen mit ihren loyal geblieben Einheiten nach Versailles. Zu Blutvergiessen kam es kaum. Allerdings wurden an diesem Morgen die hochrangigen Generäle Lecomte und Thomas hingerichtet. Diese Vorfälle wurden von regierungstreuen Zeitungen masslos aufgebauscht, so dass sich daraus das Märchen von einer Schlächterei an unbewaffneten Bürgern entwickelte. Das fünf Tage zuvor von 200 Bataillonen der Nationalgarde gewählte Zentralkomitee übernahm darauf vorübergehend die Macht, schrieb aber sofort Wahlen aus. Am 26. März wählte das Volk von Paris in freier Wahl seine Vertreter in den so genannten Rat der Kommune. Die Verhältnisse waren eindeutig: 18 bürgerlichen Abgeordneten standen 60 gewählte Vertreter der revolutionären Linken – unter ihnen Marxisten, Proudhonisten, Jakobiner, Blanquisten – gegenüber. Zwei Tage später, am 28. März, proklamierte der Kommunerat offiziell die Pariser Kommune. Die revolutionäre Begeisterung schwappte auf weite Teile Frankreichs über. In zahlreichen Städten – unter anderem in Marseille, Toulouse und Lyon – kam es zu Aufständen der ArbeiterInnen und BürgerInnen. Ziel war es, nach dem Vorbild von Paris ebenfalls einen Kommunerat zu errichten. Diese Revolten wurden

von der französischen Armee blutig zerschlagen. Manche Kommunen existierten einige Tage, manche nur wenige Stunden.

DIE KOMMUNE AN DER MACHT

Der Rat der Kommune verkündete sofort die allgemeine Volksbewaffnung und ordnete die Verteidigung von Paris sowohl gegen die vor den Toren der Hauptstadt stehenden deutschen Truppen als auch gegen die französische konterrevolutionäre Armee an. Es wurde damit begonnen, mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingung der Bevölkerung beizutragen. Die Trennung von Staat und Kirche wurde eingeführt sowie ein Maximallohn für alle Staatsangestellten festgesetzt. Die Kommune eröffnete der Bevölkerung grosse Partizipationsmöglichkeiten wie beispielsweise die Wahl aller öffentlichen Angestellten der Kommune. Die Angestellten waren auch jederzeit wieder absetzbar, wenn sie nicht nach dem Willen der PariserInnen handelten. Durch die Abschaffung der Polizei und des Militärs fiel die Verantwortung für Ordnung und Sicherheit in die Hände der Pariser Bevölkerung, das in der Nationalgarde organisiert war. Die Kommune wollte das Joch der Unterdrückung durch die Herrschenden abschütteln und ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen. Allerdings blieb der Kommune keine Zeit, ihre Revolution zu vertiefen. Nach 72 Tagen wurde der revolutionäre Versuch von der Konterrevolution blutig niedergeschlagen.

DAS ENDE DER KOMMUNE UND IHRE NACHWIRKUNGEN

Am 21. Mai 1871 marschierten die reorganisierten Truppen von Thiers in Paris ein. Die Kommunarden und Kommunardinnen leisteten erbitterten Widerstand. Der französischen Regierung gelang es erst am 28. Mai, die vollständige Kontrolle über die Stadt zu gewinnen. Die Armee ging äusserst brutal vor. Auf Seite der Kommune waren um die 30'000 Tote zu beklagen. Viele starben im Kampf oder kamen bei Massenexekutionen ums Leben. Die Frauen, die eine wichtige Rolle in der Kommune spielten, waren zahlreichen sexuellen Gewaltakten ausgesetzt. Die Woche vom 21. bis 28. März ging als so genannte «Blutwoche» in die Geschichte ein. Trotz der Niederlage entfaltete der mutige Widerstand der Kommunarden und Kommunardinnen eine grosse Wirkung auf Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt. Die Kommune gilt als einer der ersten Versuche, eine sozialistische Gesellschaft frei von Unterdrückung zu verwirklichen. Zahlreiche TheoretikerInnen und AkteurInnen der linken Geschichte beschäftigten sich intensiv mit der Pariser Kommune und zogen ihre Schlüsse aus den Ereignissen.

ZUM WEITERLESEN:

Lawrow Petr Lavrovič:
Die Pariser Kommune.
Geschehnisse – Einfluss – Lehren
Unrast Verlag, Münster 2003

Kramer Bernd (Hg.):
Leben – Idee – Kampf.
Louise Michel und die Pariser Kommune von 1871
Karin Kramer Verlag, 2001

Schneider Dieter Marc (Hg.):
Pariser Kommune 1871 I & II
Texte von Bakunin, Kropotkin, Lawrow, Marx, Engels, Lenin und Trotzki
Rowohlt, Hamburg 1971

Comix: Tardi/Vautrin:
Die Macht des Volkes
Band 1: **Die Kanonen des 18. März**
Band 2: **Die zerstörte Hoffnung**
Edition Moderne, Zürich 2002

Kaiser Napoleon III.
(* 20.4.1808, † 9.1.1873)
Napoleon III ist von 1952 bis 1870 Kaiser von Frankreich. Er beginnt im Juni 1870 den Deutsch-Französischen Krieg, der für Frankreich mit einer völligen Niederlage endet.

König Wilhelm I
(*22.3.1797, † 9.3.1888)
Wilhelm wird 1861 preussischer König. 1871 lässt er sich nach siegreicher Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges zum deutschen Kaiser krönen.

Otto von Bismarck
(*1.4.1815, † 30.7.1898)
Bismarck, der ab 1862 von Kaiser Wilhelm I zum preussischen Ministerpräsident und Aussenminister ernannt wird, handelt Zeit seines Lebens als überzeugter Monarchist. Seine politischen Bemühungen gelten der Gründung des Deutschen Reiches und der Erhaltung des Mächtegleichgewichts der «Grossen Fünf» in Europa.

Schlacht von Sedan (2.9.1870)
Die Schlacht von Sedan läutet das Ende des Deutsch-Französischen Krieges ein. Kaiser Napoleon III. sowie ein grosser Teil der französischen Armee geraten in deutsche Gefangenschaft.

Adolphe Thiers
(*16.4.1797, † 3.9.1877)
Ab 1863 avanciert Thiers – französischer Historiker und Politiker – zur Leitfigur der liberalen Opposition gegen Napoleon III. Er amtet von 1871 – 1873 als Präsident der dritten Republik in Frankreich. Auf seinen Befehl hin wird im Mai 1871 der Aufstand der Pariser Kommune niedergeschlagen.

Marxismus
Eine von Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) entwickelte Gesellschafts- , Wirtschafts- und Geschichtstheorie, die auf dem Grundsatz basiert, dass die wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse das kulturelle und geistige Sein einer Gesellschaft bestimmen. Der Marxismus liefert bis heute ein entscheidendes theoretisches Fundament für den politischen Kampf der Arbeiterbewegung.

Proudhonismus
Der französische Sozialreformer und Theoretiker Pierre Joseph Proudhon (1809 – 1865) lehnt jede staatliche Gewalt ab und ist einer der ersten, der den Begriff «Anarchie» positiv besetzt. Die entstehende Gewerkschaftsbewegung in Frankreich wird massgeblich von Proudhons Schriften beeinflusst und bleibt lange anarchistisch orientiert.

Blanquisten
Louis Auguste Blanqui (1805 – 1881) ist französischer Revolutionär und sozialistischer Theoretiker. Er beteiligt sich 1870 an der Organisation der Aufstände, die zur Gründung der Pariser Kommune führen.

Jakobiner
Als Jakobiner werden die Mitglieder des wichtigsten politischen Klubs bezeichnet, der im Zuge der Französischen Revolution entstanden ist.

AUFSTAND, GLEICHHEIT, WAHLRECHT

Suffragetten

Suffragetten – vom englischen oder französischen suffrage («Wahl») abgeleitet – bezeichnet die erste Generation von Feministinnen, die sich um die Wende zum 20. Jahrhundert für das Frauenstimmrecht einsetzten. «Mit dem Begriff verband sich die Vorstellung weiblicher Personen, die unter dem Schlagwort ‹Stimmrecht für Frauen› Fensterscheiben einschlugen und sich an Geländer ketteten.» (Trevor Lloyd, 1970) Das war jedoch nicht alles: Die Frauenbewegung, ihr Kampf und die Art und Weise ihrer Agitationen waren damals schon vielschichtig und uneinheitlich. Es war eine Reihe von Aufständen, Aktionen, Demonstrationen und später auch Anschlägen, welche in einen langwierigen politischen Kampf eingebettet waren.

In einer Zeit, in der der Feminismus gerne und immer wieder für tot erklärt wird, und viele Feministinnen zu Recht einen «backlash» (Rückschlag) befürchten, ist es interessant, sich mit den Anfängen der feministischen Bewegung auseinanderzusetzen. Dieser Anfang, der sich um 1900 herum abspielte, bewegte sich vorwiegend um das Stimmrecht für Frauen. Herausragend in diesem Kampf sind die Aktivitäten der Suffragetten in England, da sich hier die Frauen (und auch einige Männer) am zähesten und radikalsten dafür einsetzten. Der Kampf der englischen Suffragetten soll selbst Gandhi als Motivation für seinen gewaltlosen Widerstand gedient haben.

VORGESCHICHTE

Es wird vermutet, dass die Vorgeschichte der ersten Frauenbewegung ins 18. Jahrhundert reicht. Nur gibt es dazu wenig Material, weil diesem Thema selten systematisch nachgegangen wurde. Am ausschlaggebendsten war sicher die Aufklärung mit ihrer Idee der Gleichheit aller Menschen. Damit waren zwar alle männlichen Menschen gemeint, durch die Verbreitung dieser Idee war aber der Nährboden für die Forderung der Frauen nach eben dieser Gleichheit gelegt. Olympe de Gouges formulierte 1793 als erster Mensch umfassende Bürger- und Menschenrechte, welche eben die Frau miteinschlossen. Als Antwort wurde sie kurz darauf enthauptet.

Eine weitere wichtige Voraussetzung war die wirtschaftliche Entwicklung in den industrialisierten Ländern. Neben einer gewissen geistigen Freiheit brauchten die Frauen auch eine teilweise ökonomische Unabhängigkeit, um sich mit politischen Themen auseinandersetzen zu können. Diese setzte vermehrt um das 19. Jahrhundert herum ein. Bei den Veränderungen handelte es sich zum Beispiel um Neuerungen, die den Haushalt erleichterten, sowie um Berufsfelder, die für Frauen zugänglicher wurden. Hier wird klar, dass diese Veränderungen vor allem Mittelschichtsfrauen betrafen, die sich durch vergrösserten Wohlstand und Unabhängigkeit vermehrt ihren politischen Rechten widmen konnten. So war die erste Frauenbewegung auch hauptsächlich eine bürgerliche Bewegung.

DIE SUFFRAGETTEN: GLEICHHEIT, WAHLRECHT, AUFSTAND

«Wahlurne. Genossen in der Schande. Bedenke, Kriminelle und Frauen dürfen nicht wählen. Den Unterschied zwischen beiden will ich dir erklären: wenn ein krimineller, schädlicher Mann seine Zeit im Gefängnis abgesessen hat, kann er wieder seinen Willen an der Wahlurne bekunden, eine schuldlose Frau kann das nie.» (Quelle 1909).

Das Wahlrecht sollte den Frauen die Gleichberechtigung auf die wichtigen Felder der Ehe, die Verfügung über das Vermögen und die Berufsausübung ermöglichen. Gleichzeitig sollte die Öffentlichkeit auf die Forderungen der Frauen aufmerksam gemacht werden, und schliesslich repräsentierte ein gleiches Wahlrecht die objektive Gleichheit beider Geschlechter.

In England gab es bereits seit 1866 einzelne Vereine, die für das gleiche Wahlrecht kämpften. 1887 schlossen sich erstmals siebzehn solcher Vereine zusammen und gründeten die NUWSS (National Union of Women's Suffrage Society). Die NUWSS betätigte sich als parlamentarische Lobby. Da sie für das englische Parlament keine Gefahr darstellte, wurde sie höflich behandelt. Ihre politische Vorgehensweise eignete sich aber im konservativen England nicht dazu, mehr Rechte für Frauen zu erlangen.

DIE GRÜNDUNG DER WSPU

1903 kam es zu einer Spaltung in der NUWSS. Emmeline Pankhurst verliess die NUWSS und gründete im Oktober die militante WSPU (Women's Social and Political Union). Gemeinsam mit ihren Töchtern übernahm sie die Leitung der Partei, der sich weitere radikale Frauen anschlossen. Bereits von Anfang an unterschied sich die Taktik der WSPU von der der NUWSS. Bei symbolischen Gesetzesübertretungen ging es den Suffragetten vor allem darum, die Öffentlichkeit zu erreichen und die Aufmerksamkeit der Medien für sich zu gewinnen. So wurden Versammlungen gestört, Häuser von konservativen Politikern belagert, Frauen versteckten sich unter der Rednerbühne, um später die Sitzung zu stören, Frauen ketteten sich an die Gitter des Parlaments usw. Mit Erfolg: Das Wahlrecht für Frauen wurde zum heiss diskutierten Thema in der englischen Gesellschaft, die Frauen konnten sich breiter Sympathien (aber genauso auch Anfeindungen) erfreuen. 1908 entschloss sich die WSPU, erstmals eine grössere Kundgebung in London zu veranstalten – die Times schätzte die Teilnehmerzahl auf 500'000. Zu dieser Zeit kam es aber innerhalb der WSPU zur ersten Spaltung: Manche Frauen kritisierten den autoritären Führungsstil von Emmeline Pankhurst und die ihrer Ansicht nach zu radikalen Aktionen der Suffragetten und stiegen aus.

DER KAMPF WIRD MILITANT

Die WSPU setzte ihre Aktionen fort. Die Folge waren vermehrt Verhaftungen und brutale Angriffe seitens der Polizei. Die Frauen reagierten darauf mit Hungerstreik und immer militanteren Aktionen: «Am 1. März 1912 nachmittags um vier Uhr schlug eine disziplinierte Gruppe von zweihundert Frauen in der vornehmen Einkaufsgegend um den Piccadilly Circus, in der Regent Street und in der Oxford Street fast sämtliche Scheiben ein. Einige Frauen hatten Taschen voller Steine mitgebracht, die besser Ausgerüsteten Hämmer.» (Trevor Lloyd, 1970). Es kam immer wieder zu solchen Aufständen, und es blieb auch nicht bei den anfänglichen Sachbeschädigungen. Im Frühjahr 1913 erfolgten mehrere Brandstiftungen, im Juni warf sich eine Frau bei einem Pferderennen vor die Pferde und starb. Hätte nicht der Erste Weltkrieg die Ereignisse unterbrochen, so wäre es wahrscheinlich 1915 zu einem allgemeinen Wahlrecht in England gekommen.

DAS WAHLRECHT FÜR DIE FRAU

Die englischen Frauen erhielten 1928 das Wahlrecht, um einiges später als manche anderen westlichen Länder. Trotzdem lässt sich kein Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Frau und dem Zeitpunkt der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes herstellen. In vielen Ländern erkämpften sich die Frauen eine stückweise Gleichberechtigung auch ohne Wahlrecht. Spannend ist aber die Rückbesinnung auf die Anfänge der Frauenbewegung, auf ihre Thematik, ihre Aktionen und ihre Herkunft, weil sichtbar wird, dass der damalige wie der heutige Feminismus nicht zu trennen sind von der Entwicklung der westlichen, bürgerlichen Gesellschaft insgesamt.

ZUM WEITERLESEN

Lloyd Trevor Owen:
Suffragetten – die Emanzipation der Frau in der westlichen Welt
Edition Rencontre, Lausanne 1970

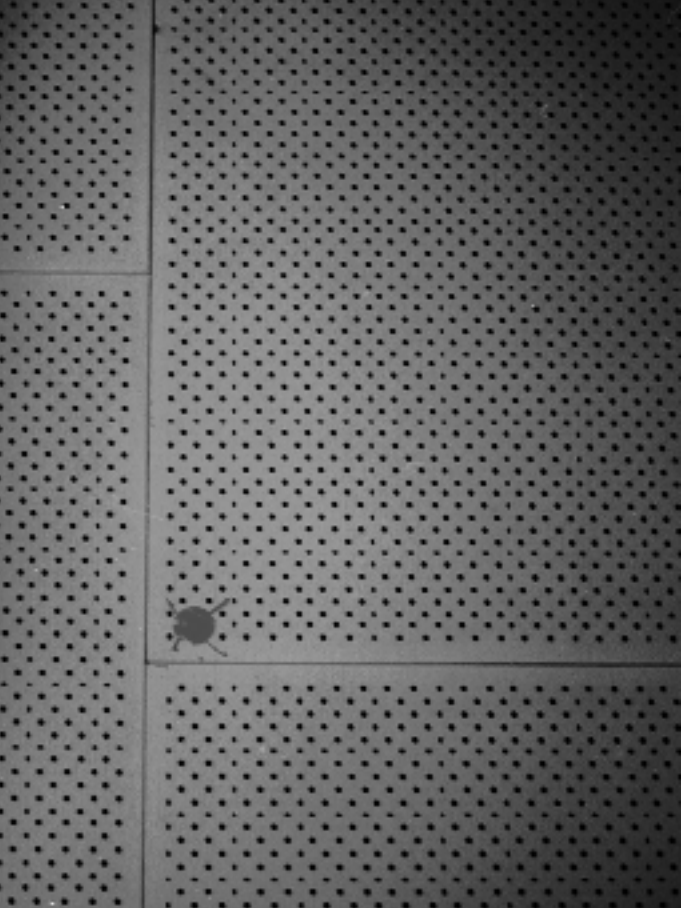
Schröder Hannelore:
Widerspenstige, Rebellinnen, Suffragetten, Feministischer Aufbruch in England und Deutschland ein-FACH-verlag, Aachen 2001.

Mahatma Gandhi
(*2.10.1869, † 30. 1.1948)

Mahatma Gandhi studiert in London Rechtswissenschaften und arbeitet nach seinem Studium 20 Jahre in Südafrika. 1915 kehrt er nach Indien zurück und übernimmt fünf Jahre später die Führung des Indian National Congress (INC). Der INC gilt im indischen Unabhängigkeitskampf als wichtigste Institution. Am 3. Juni 1947 erklärt der britische Premierminister die Unabhängigkeit Indiens.

Olympe de Gouges
(*7.5.1748, † 3.11.1793)

Ihr bürgerlicher Name ist Marie Gouze. Zu ihren Werken gehören verschiedene Essays, Manifeste und sozialkritische Theaterstücke. Marie gilt als eine der bedeutendsten Frauenrechtlerinnen ihrer Zeit. 1791 gründet sie den Verein Cercle Social, welcher sich für die politische und rechtliche Gleichberechtigung einsetzt.



"1936 konnten wir mit offenen Augen träumen"

Am 17. Juli 1936 putschen die faschistischen Offiziere um General Franco gegen die noch junge Demokratie Spaniens. In den folgenden drei Jahren, bis zum endgültigen Sieg der reaktionären Truppen General Francos, ist der antifaschistische Widerstand die Hoffnung der revolutionären Linken weltweit. Denn wie nirgendwo sonst mobilisiert sich eine Masse von ArbeiterInnen und BäuerInnen für eine neue Gesellschaft, die vielerorts sehr stark von den Ideen des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus geprägt sind. Sie verteidigen nicht in erster Linie die republikanische Demokratie gegen Franco, sondern vielmehr ihr sozialrevolutionäres Gesellschaftsprojekt. Die Putschisten werden erfolgreich gestoppt. Knapp zwei Drittel des spanischen Territoriums blei-

ben in der Hand der Republik. Die republikanische Regierung hat allerdings ausserhalb von Madrid nur wenig Einfluss und auch in der Hauptstadt nur auf den sie unterstützenden Gewerkschaftsapparat der Kommunisten und Sozialisten. Über die eigentliche Macht verfügen die verschiedenen revolutionären Kräfte. Die linkskommunistische POUM, die anarchosyndikalistische CNT und die Sozialisten der UGT. Diese organisieren Milizen, die sich den Franco-Truppen entgegenstellen. Alleine in Barcelona melden sich in den ersten Tagen des Aufstandes 150'000 Freiwillige. In den Milizen funktioniert das Prinzip der Basisdemokratie. Militärische Disziplin, Rangabzeichen und Grusspflicht waren verpönt. Durruti erklärte damals einem russischen Prawda-Korrespondenten: «Ihr habt dort eine Diktatur, in eurer Armee sind Oberste und Generäle. In meiner Kolonne gibt es weder Kommandeure noch Untergebene, wir haben alle die gleichen Rechte, wir sind alle Soldaten, auch ich bin nur Soldat.»

LA TIERRA ES NUESTRA – DIE ERDE GEHÖRT UNS

Während Franco die Rückeroberung Spaniens vorantreibt, setzt sich die soziale Revolution in der Republik fort. Die ArbeiterInnen machen sich daran, die von der republikanischen Regierung versäumten sozialen Reformen umzusetzen. Mehr noch: Sie beginnen mit der Vergesellschaftung der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und der öffentlichen Dienste. Konkret arbeiten sie an der Abschaffung des Kapitalismus und der herrschenden Machtverhältnissen. Im Zentrum stehen die sogenannten Colectividades (Kollektivbetriebe). «Die freiheitliche Kommune wird all die Dinge übernehmen, die die Bourgeoisie früher zurückgehalten hat, wie zum Beispiel Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Rohstoffe, Werkzeuge etc. Die Geräte sowie die Rohstoffe müssen in die Verfügungsgewalt der Produzenten übergehen, damit diese sie direkt zum Nutzen der Gemeinschaft verwalten können.» So formuliert die CNT ihr Modell am Kongress im Mai 1936 in Zaragoza. Schätzungen gehen von rund 1600 Colectividades in der republikanischen Zone aus. Rund 70 Prozent der Fabriken in Barcelona und etwa 50 Prozent in Valencia werden vergesellschaftlicht. Dies in Regionen, in denen die Industrialisierung sehr fortgeschritten ist. Rund drei Millionen Menschen beteiligen sich an den Kollektivierungen. Während die russischen Kolchosen unter Zwang eingeführt wurden, sind die Kollektive meist auf freiwilliger Basis organisiert. Die Kollektivierungen sind ökonomisch sinnvoll, die Produktionsmethoden werden durch die Mechanisierung effizienter. Die Produktion steigert sich, so ist 1937 allein die Weizenernte um 20 Prozent höher als 1936.

Augustin Souchy, deutscher Anarcho-Syndikalist, stellt fest, dass «die Kollektivierung auf dem Lande einer integralen Revolution gleichkam. Sie befreite die Landbevölkerung von der Jahrhunderte langen drückenden Herrschaft der Grossgrundbesitzer, der Kirche und der lokalen Repräsentanten der Staatsmacht, leitete ihre Befreiung von Armut und Unwissenheit ein.» Die Kollektive schaffen Alters- und Krankenversicherungen, verbessern die medizinische Versorgung und richten freie Schulen ein.

LUCES Y SOMBRAS – LICHTER UND SCHATTEN

In der CNT zeichnet sich unter der Regierungsbeteiligung ein Pragmatismus ab, der eine Übergangsetappe auf dem Weg zum libertären Kommunismus als notwendig bezeichnet. Abad de Santillan, CNT-Mitglied und Wirtschaftsrat der Regionalregierung Kataloniens, beschreibt dieses Dilemma selbstkritisch: «Wir wussten, dass es nicht möglich war, den Sieg zu erringen, wenn man nicht vorher im Krieg gesiegt hatte. Wir haben die Revolution geopfert, ohne zu begreifen, dass diese Opfer auch den Verzicht auf die eigentlichen Ziele des Krieges mit sich brachte.» (Santillan, Guerra, 1975) Die anarcho-syndikalistische CNT verzichtet darauf, in ihrer Hochburg Katalonien ihre Alleinherrschaft durchzusetzen. Der Eintritt in die Volksfrontregierung der Republik im November 1936, bei der die AnarchistInnen vier Ministerien übernehmen, verdeutlicht diesen Schritt noch einmal. Scharfer Kritiker der Regierungspolitik der CNT ist der italienische Anarchist Camillo Berneri, er spricht in diesem Zusammenhang von einer «Bolschewisierung der CNT». Die Volksfrontregierung verfolgt die Schaffung einer neuen Armee im traditionell militärischen Stil, entgegen den Interessen der Milizen der CNT-FAI und POUM. In letzterer organisieren sich auch viele ausländische KampfgefährtInnen, so genannte Interbrigadisten. Weiter fordert die Regierung die Schaffung eines straffen Polizeiapparates, löst die lokalen ArbeiterInnenkomitees durch staatliche Verwaltungsorgane ab und behindert durch eine restriktive Kreditpolitik die Kollektive. Treibende Kraft dahinter sind die Kommunisten der PCE, eine Satellitenorganisation der stalinistischen Sowjetunion. Julian Gorkin, Mitgründer der POUM, bezeichnete die Kommunisten der PCE als «nützliche Idioten, Handlanger und gefügige Werkzeuge» der Machtpolitik Stalins. Seine Kritik büsst er mit fünf Attentaten durch den sowjetischen Geheimdienst, die er allesamt überlebt. Andere haben weniger Glück. Die stalinistischen Säuberungen haben auch Spanien erreicht und toben an und hinter der Front. Dazu schreibt die russische Prawda am 17. Dezember 1936 unverhohlen: «Was Katalonien angeht, so hat die Säuberung von Trotzkisten und Anarchisten begonnen. Und sie wird mit derselben Energie durchgeführt wie in der UdSSR.» Anfang Mai 1937 erreichen die Auseinandersetzungen ihren blutigen Höhepunkt in Barcelona. Drei Tage dauern die Kämpfe an zwischen den von der Kommunistischen Partei kontrollierten Ordnungskräften und den Revolutionären. Die herbeigeeilten anarchistischen Minister beschwören die ArbeiterInnen, die Waffen niederzulegen, während die POUM die Fortsetzung der Kämpfe fordert. Am 7. Mai legen die ArbeiterInnen die Waffen nieder. Am selben Tag marschieren 6'000 Mann der mili-

tarisierten Bereitschaftspolizei «Guardia de asalto» in Barcelona ein. Die Auseinandersetzungen fordern 500 Tote und 1'000 Verwundete – weit mehr Opfer als der Aufstand gegen den Militärputsch von 1936. Darunter ist Camillo Berneri, der von Angehörigen der sozialistischen UGT verschleppt und ermordet wird. Mitte Mai tritt die Regierung zurück. Die AnarchistInnen sind nun nicht mehr in der Regierung. Der neue Premierminister Juan Negrin unterstützt die Illegalisierung und Verfolgung der POUM. Der bekannte Gründer der POUM, Andreu Nin, wird ebenfalls verschleppt, gefoltert und ermordet. Die Truppen der Volksfrontregierung gehen mit Gewalt gegen die Colectividades vor. Der englische Schriftsteller George Orwell, der seine Erlebnisse im spanischen Bürgerkrieg in seinem Buch «Mein Katalonien» veröffentlicht, äussert sich gegenüber der Rolle der PCE: «Die Kommunisten bemühten sich nicht etwa, die spanische Revolution auf einen besser geeigneten Zeitpunkt zu verschieben, sondern sorgten dafür, dass sie nie stattfände.»

Die Truppen Francos, unterstützt von Italien und Deutschland und durch den Nichteinmischungspakt von Frankreich und England gestärkt, erkämpfen sich immer weitere Teile der Republik zurück. Am 1. April 1939 erklärt General Franco den Bürgerkrieg für beendet. In den folgenden Tagen, Wochen und Jahren unter der Führung des Diktators herrscht eine eiserne Repression gegen jegliche Opposition. Der Krieg fordert 600'000 Tote, davon sind 400'000 Opfer von Francos Exekutionskommandos. Hundertausende flüchten und nicht wenige verenden in den Konzentrationslagern von Frankreich und Nazi-Deutschland.

Die Diktatur endet erst mit Francos Tod im Jahre 1975.

Andreas Kan

ZUM WEITERLESEN:

Bianchi Vera:
Feministinnen in der Revolution
Die Gruppe Mujeres Libres
im Spanischen Bürgerkrieg
Unrast Verlag, Münster 2003

Saña Heleno:
Die libertäre Revolution
Die Anarchisten im
spanischen Bürgerkrieg
Nautilus Verlag, Hamburg 2001

George Orwell: **Mein Katalonien**
Diogenes Verlag, Zürich 1975

Enzensberger Hans Magnus :
Der kurze Sommer der Anarchie
Buenaventura Durrutis Leben
und Tod. Suhrkamp Verlag,
Frankfurt am Main 1972

Franco

(*4.12.1892; † 20.11.1975)

Francisco Franco Bahamonde – spanischer Faschist und Nationalist – festigt während des Spanischen Bürgerkriegs seine Macht und wird ab 1939 Staatschef Spaniens. Die Diktatur Francos endet 1975 mit seinem Tod.

Anarchismus

Anarchismus ist eine Ideologie, welche jede Herrschaft als Unterdrückung ablehnt. Im Mittelpunkt stehen Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung der Individuen.

Anarcho-Syndikalismus

Anarchosyndikalismus will die herrschaftsfreie Gesellschaft durch die Organisierung der ArbeiterInnen und die Kollektivierung des privaten Eigentums erreichen.

POUM

Die Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der Marxi-

stischen Einheit) bildet sich im September 1935 und ist eine der wichtigsten linksmarxistischen Parteien während des Bürgerkrieges, die eng mit der anarchosyndikalistischen CNT zusammenarbeitet.

CNT

Die Confederación Nacional del Trabajo (Nationale Vereinigung der Arbeit) ist eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft. Mit über einer Million Mitgliedern ist die CNT während des Spanischen Bürgerkrieges ein zentraler Akteur des Widerstandes gegen Franco.

UGT

1888 wird die sozialistische Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (Generalunion der Arbeiter) gegründet. Die Haltung der UGT in den 1930er Jahren schwankt zwischen Reformismus und revolutionärer Gesinnung.

Basisdemokratie

Jeder Mensch hat bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen dieselbe Entscheidungsmacht. Sie kommt ohne Repräsentanten, wie ParlamentarierInnen oder MinisterInnen, aus.

Durruti

(*14.7.1896, † 20.11.1936)

Buenaventura Durruti, Anarchist und Revolutionär, ist eine zentrale Figur der Sozialen Revolution in Spanien. Bereits ab den 1920er Jahren beteiligt er sich an etlichen Streiks und Betriebsaufständen. 1936 wird er bei der Belagerung von Madrid tödlich verletzt.

Prawda

Die von Lenin gegründete Zeitung erscheint zum ersten Mal am 5.5.1912. Sie wird zur wichtigsten Zeitung der Sowjetmachthaber.

Kolchosen

Kolchosen sind genossenschaftlich organisierte grosse Landwirtschaftsbetriebe.

Augustin Souchy

(*28.8.1892, † 1.1.1984)

A. Souchy ist ein deutscher Anarchist und Antimilitarist. Während des Spanischen Bürgerkriegs leitet er die Ausseninformation der CNT.

PCE

Partido Comunista de España (Kommunistische Partei Spaniens).

Sobibór

14. OKTOBER 1943 – HOFFNUNG AUF LEBEN

Sobibór bedeutet Unmenschlichkeit, Grauen und Tod. Sobibór steht aber auch für das Mögliche im Unmöglichen, für den Aufstand in einem Vernichtungslager. Sobibór ist der Beweis für die Bestialität der Menschen und Beweis für den möglichen Widerstand gegen diese Bestialität. Der Aufstand 1943 – heutzutage ein fast vergessenes historisches Ereignis – war zu jener Zeit für die noch lebenden Opfer der nationalsozialistischen Diktatur ein loderndes Feuer der Hoffnung.

DIE TÖTUNGSMASCHINERIE LÄUFT AN

Im Januar 1942 wurde in Wannsee (Berlin) von verschiedenen Ministerien sowie hohen Partei- und SS-Funktionären die europaweite Koordinierung der Judenvernichtung beschlossen. Ihr grausamer Plan, der offiziell den Namen «Endlösung der Judenfrage» trug, beinhaltete unter anderem den Bau des Vernichtungslagers Sobibór in Ostpolen. Die Umsetzung des Völkermordes war zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange. Deutsche Einsatzgruppen hatten bis Januar 1942 in Polen und in der Sowjetunion schon über 500'000 Juden und Jüdinnen erschossen oder qualvoll vergast. Geplant wurde in Wannsee nun jedoch ein minutiös vorbereiteter und industriell durchgeführter Massenmord in den dafür gebauten Vernichtungslagern.

Das im Frühjahr 1942 errichtete Lager in Sobibór diente einem einzigen Zweck: Menschen schnell und «effizient» umzubringen und ihre Güter und Körper gewinnbringend zu «verwerten». Diese bestialische Tötungsmaschinerie brachte etwa 250'000 Juden und Jüdinnen den Tod. Von der Ankunft der Transporte mit durchschnittlich 2000 Menschen bis zur Leichenverbrennung der Opfer vergingen oft nicht mehr als zwei Stunden.

KEINE CHANCE AUF ÜBERLEBEN

Dass die Existenz einer solch grausamen Einrichtung nicht bekannt werden durfte, war den Nazis bewusst. Mit allen Mitteln wurde versucht, die wirkliche Funktion des Lagers geheim zu halten. Die Arbeitshäftlinge im Lager – und somit Mitwisser – wurden nach geleisteter Arbeit hingerichtet. Schon allein deshalb hatten auch die wenigen, die beim Lagereintritt nicht direkt in die Gaskammern, sondern zur Sklavenarbeit selektiert wurden, keine Überlebenschancen. Thomas «Toivi» Blatt, einer der wenigen Überlebenden von

Sobibór schreibt dazu: «Es ist sinnlos, von einer ‘Überlebensquote’ zu sprechen, wenn man Vernichtungslager beschreibt. Überleben wurde in Stunden gemessen.» Dass trotz dieser unausweglosen Situation ungefähr fünfzig Menschen Sobibór überlebten, und der Nachwelt von dieser Hölle berichten konnten, ist auf ihren erfolgreichen Aufstand im Vernichtungslager zurückzuführen.

AUFSTAND ALS AUSWEG

Die Häftlinge, die im Lager Sklavenarbeit verrichteten, waren sich ihres eigenen, kurz bevorstehenden Todes bewusst. Kein Zeuge dieses Wahnsinns sollte diesen Ort lebend verlassen. Der Gedanke an Flucht, Aufstand und Revolte war deshalb allgegenwärtig. Selbst wenn die Revoltierenden im Kugelhagel sterben sollten, war ihnen ein solcher Tod lieber, als der von den Nazis bestimmte Todeszeitpunkt in der Gaskammer. Eine kleine Häftlingsgruppe begann deshalb mit der minutiösen Planung eines Aufstandes. Der immergleiche Tagesrhythmus der Lageroffiziere und Wachmänner, ihre eiserne Pünktlichkeit und ihre starre Hierarchiestruktur machten die Peiniger kalkulierbar. Ein wichtiger Vorteil, den die Aufständischen geschickt zu nutzen wussten.

ZWISCHEN KUGELHAGEL UND FREIHEIT

Am 14. Oktober 1943 wurde der wagemutige Plan in die Tat umgesetzt – der Tag des Aufstandes brach an. Durch Täuschungsmanöver konnten etliche SS-Männer in Hinterhalte gelockt und von Häftlingen heimlich getötet werden. Nachdem die Lagerführung durch diese Ermordungsaktion in einer Stunde entscheidend dezimiert worden war, brach der Aufstand offen los. Die Häftlinge rissen mit Schaufeln und Äxten Stacheldrahtzäune nieder und rannten durch die dahinter liegenden Minenfelder in die – für viele vermeintliche – Freiheit. Gleichzeitig stürmten einige die Waffenkammer, in der sich jedoch nur einzelne komplette Gewehre befanden. Die überrumpelten Wachmänner schossen wild in die flüchtende Menge. Viele Häftlinge starben im Kugelhagel ihrer Bewacher oder wurden von Minen in Stücke gerissen. Trotzdem konnten von den 550 Arbeitshäftlingen im Lager 320 Menschen während des Aufstandes fliehen. Die so erlangte Freiheit bedeutete jedoch keineswegs, der Gefahr entronnen zu sein. Das Territorium, in dem sich die Flüchtigen bewegten, war von Nazis kontrolliert. Mit Hilfe der Wehrmacht, der SS und dem Wachpersonal wurde bis Ende Oktober eine erbitterte Menschenjagd auf die Entwichenen geführt. Für mehr als die Hälfte der ausgebrochenen Häftlinge endete die Flucht mit ihrer Festnahme und sofortigen Ermordung. Die Zeit bis zur Befreiung des Gebiets durch die Rote Armee überlebten 53 der 320 ausgebrochenen Sobibór-Häftlinge.

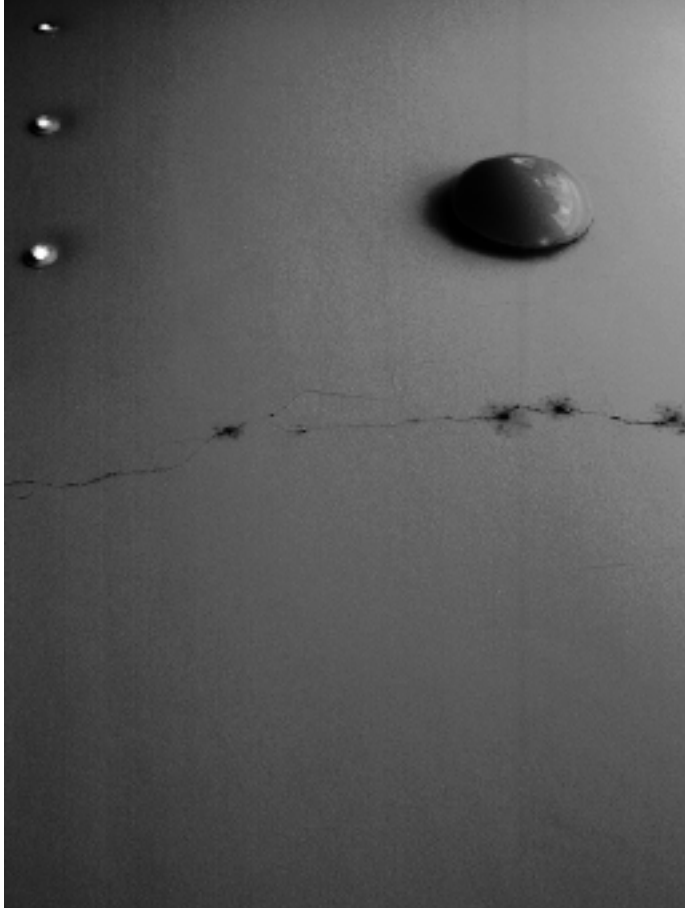
DIE WAHRHEIT KANN NICHT ÜBERBAUT WERDEN

Der Bericht über den Ausbruch der vielen Häftlinge und den Tod von SS-Leuten löste in der Berliner Reichskanzlei Verunsicherung und Aufregung aus. Himmler, der SS-Reichsführer, befahl, das Lager sofort niederzureissen und alle Hinweise auf die Massentötung zu vernichten. Zur Tarnung wurden auf dem Lagergelände kleine Bauernhöfe errichtet und die Wiederaufforstung der Umgebung vollzogen. Dass die Asche

von 250'000 Juden und Jüdinnen in dieser Erde begraben war, blieb jedoch nicht verborgen. Den BewohnerInnen des Nahe gelegenen Dorfes konnte nicht entgangen sein, dass Tausende von Menschen ins Lager gebracht wurden, aber niemals ein besetzter Zug den Ort wieder verliess. Auch der Rauch bei den Leichenverbrennungen blieb nicht unbemerkt. Schliesslich aber waren es in erster Linie die Überlebenden des Aufstandes, die nach dem Krieg über den wahren Zweck des Lagers berichten konnten und dies auch taten. Der Widerstand der Häftlinge in Sobibór rettete nicht nur fünfzig Menschen vor dem sicheren Tod, sondern bedeutete auch das Ende der Deportationen und Vergasungen an diesem Ort. Der Aufstand widerlegt das verbreitete Vorurteil, dass sich alle Juden und Jüdinnen wie Schafe zur Schlachtbank hätten führen lassen. Diese Vorstellung rückt die Opfer in ein Licht, dass sie ebenso unbegreiflich erscheinen lässt wie die Täter. Unbegreiflich ist aber nicht das Verhalten der Opfer, sondern der Plan, Millionen von Menschen umzubringen. Unbegreiflich ist auch die Durchführung dieses Vorhabens, dass ohne die Mithilfe der breiten Bevölkerung sowohl in Deutschland, als auch in den Besatzungsgebieten nie möglich gewesen wäre. Aber auch Widerstand war möglich und es gab ihn – sogar an Orten wie Sobibór.

ZUM WEITERLESEN:

Blatt Thomas «Toivi»:
Sobibór – der vergessene Aufstand
Unrast Verlag, Hamburg/Münster 2004



WIDERSTAND AN DER SCHWEIZER GRENZE 1943

Partisaninnen und Partisanen im Ossola

Im 2. Weltkrieg kämpfte das faschistische Italien an der Seite Nazideutschlands – Tausende italienischer Soldaten wurden in sinnlosen Schlachten verheizt. Als die Alliierten in Sizilien landeten und im Juli 1943 sogar Rom unter Beschuss nahmen, wurde auch den italienischen Faschisten die Aussichtslosigkeit dieses Krieges klar. Noch im selben Monat putschte König Vittorio Emanuele III, der bisher politisch nur noch im Hintergrund agiert hatte, gegen seinen Regierungschef Mussolini und berief den 1940 aus Mussolinis Kabinett zurückgetretenen Marschall Pietro Badoglio zum neuen Ministerpräsidenten. Der Duce wurde verhaftet. In Deutschland reagierte man bestürzt auf diesen plötzlichen Wechsel – erst recht, als die Nachricht um die Welt ging, Badoglio habe die Kapitulation Italiens unterzeichnet: Da sprach die deutsche Propaganda von Verrat. Aber die Alliierten stoppten schliesslich schon südlich von Rom und überliessen damit ganz Norditalien «der deutschen Wut»: Hitler liess am 9. September 1943 die Alpenpässe sperren. Die italienischen Soldaten wurden in Frankreich, Griechenland, auf dem Balkan und in Italien selber entwaffnet: Wer sich freiwillig ergab, konnte wählen zwischen Deportation und Dienst in der deutschen Armee. Wer Widerstand leistete, wurde erschossen. Von den Soldaten, die in Griechenland stationiert gewesen waren, wurden auf diese Weise 5'000 erschossen und weitere 13'500 starben auf dem Transport nach Deutschland. Die Nazis befreiten Mussolini, brachten ihn nach Saló (Norditalien), setzten ihn an die Spitze einer Regierung, deren Fäden sie selber in Händen hielten und nannten den Norden Italiens «die Republik von Saló». Fortan galten diese besetzten Gebiete als Kriegsgebiet und standen unter deutschem Kriegsrecht.

WIDERSTAND IN DEN OSSOLATÄLERN

Gleichzeitig wuchs im Norden nun aber auch der Widerstand. In Turin setzte eine starke Arbeiterbewegung immer wieder Streiks durch, obwohl auf Arbeitsniederlegung der Tod stand. Am 8. November 1943 erhob sich das Arbeiterstädtchen Villadossola, worauf drei Flugzeuge den Ort bombardierten. Diese erste Widerstandsbewegung im Ossola bezahlte ihre Rebellion teuer: Viele wurden verhaftet, erschossen, nach Deutschland verschleppt. Professor Tibaldi, einem der wichtigsten Organisatoren des Aufstandes, gelang die Flucht in die Schweiz.

Die Republik von Saló hatte eine Milizarmee aufgestellt, in der jeder Mann bis zum Jahrgang 1925 seinen Dienst leisten sollte, und dieser Marschbefehl trieb viele Jugendliche in die Berge zu den PartisanInnen. Das Ossolatal umfasst ein grösseres, zentrales Tal und zahlreiche Seitentäler, die es sternförmig umranden. Sie heissen Anzasca, Antrona, Vigezzo, Bognanco, Antigorio und sind ebenso schön wie sie klingen. Zum Teil dicht bewaldet, aber voller kleiner, lebendiger Dörfer. In der Höhe ist das eine vom anderen her erreichbar und einige Pässe führen auch in die Schweiz. Diese Landschaft bot den Partisaninnen und Partisanen den nötigen Schutz vor den Nazifaschisten. Sie kannten das Gebiet, wohnten auf Alpen, wechselten vom einen in das andere Tal, bezogen Stellung auf Pässen, griffen deutsche Munitionslager und -transporte an, sabotieren Stromleitungen und Elektrizitätswerke, was nicht selten den wochenlangen Ausfall der für die Deutschen arbeitenden Industrien Norditaliens zur Folge hatte. Und jedes Mal zogen sie sich wieder in den Schutz der Alpen zurück. Auch einige Frauen kämpften in ihren Reihen, meist arbeiteten sie aber als Meldeläuferinnen, Schmugglerinnen und Pflegerinnen, da sie unauffälliger waren und keinen Marschbefehl bekommen hatten.

AUS BRIGADEN WERDEN DIVISIONEN

Im Sommer 1944 erreichte die Bewegung im Ossola ihren Höhepunkt. Aus den Dörfern und aus ganz Norditalien kamen Menschen ins Tal, um mitzukämpfen, die Repression der Besatzungsmacht trieb sie in den Widerstand. Viele Tschechen und Georgier, welche die Wehrmacht im Kampf gegen die PartisanInnen verheizen wollte, liefen zu diesen über. Aus Gruppen wurden Bataillone, aus Bataillonen Brigaden und aus Brigaden Divisionen. In den kommunistischen Divisionen «Garibaldi» und «Matteotti» trugen die Partisaninnen und Partisanen rote Halstücher, in der monarchistischen «Valtoce» blaue und in der liberalen «Valdossola» grüne. Alle zusammen gehörten zum Widerstandsbündnis «Comitato di Liberazione Nazionale, C.L.N.» und ihnen allen stand seit der Besetzung Italiens durch die Deutschen ein gemeinsamer Feind gegenüber. Der Wunsch nach einer neuen, freien Einheit Italiens verband sie über politische Differenzen hinaus. Im September 1944 fielen die faschistischen Stützpunkte einer nach dem anderen und die Befreiung des Ossola von seinen Besatzern schritt jetzt zügig voran. Diese Erfolge, das betonen jene, die damals gekämpft haben noch heute, wäre ohne die bedingungslose Unterstützung der Bevölkerung in den Tälern und auf den Alpen niemals möglich gewesen. Die Menschen schickten Informationen, Essen und neue PartisanInnen in die Berge, beherbergten Verletzte und versteckten Verfolgte bei sich zu Hause.

VIERZIG TAGE FREIHEIT

Am 8. September 1944 griffen die Brigaden «Valtoce» und «Valdossola» das Städtchen Piedimulera an und zwei Tage später befreiten sie den Hauptort Domodossola: Das Ossola war befreit. Jetzt, da es gemeinsam Regierungsverantwortung zu übernehmen galt, zeigten sich aber auch die politischen Differenzen zwischen den verschiedenen Partisanenformationen. Antifaschisten wurden zu Antikommunisten, grosse Entscheidungen auf einmal eigenmächtig von einzelnen Brigadekommandanten gefällt. Unter anderem entschied der Kommandant der «blauen» Monarchisten, die eingekesselten Nazifaschisten mitsamt den Waffen abziehen zu lassen, womit die «Garibaldini» niemals einverstanden gewesen wären. Trotz solcher Zwistigkeiten entwickelte die «Republica d'Ossola» innert kürzester Zeit eine derartige Aktivität, dass eine neue Polizei- und Justizverwaltung, ein neues Erziehungswesen und neue Schulbücher organisiert werden konnten. Eine Volkshochschule gab es auch, mit zahlreichen Kursen und Hunderten, die teilnahmen. Auch Professor Tibaldi eilte aus dem Exil herbei, um sich nützlich zu machen. Gerade als ein Handelsvertrag mit der Schweiz vor seinem Abschluss stand, am 9. Oktober, griffen die Deutschen mit 16'000 Mann das freie Ossolatal an. Frauen und Kinder flohen in die Schweiz und die meisten Partisanenverbände zogen sich ebenfalls über die Grenze zurück, wo sie von der Schweizer Armee entwaffnet und in Gurnigel-Bad oder Schwarzsee interniert wurden. Mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung – rund 35'000 Menschen – war aus dem Ossolatal geflohen. Ein Grund für die Niederlage der Republik Ossola war sicher, dass die Simplonlinie für die Nazis viel zu wichtig war, um sie einfach aufzugeben. Ein anderer war die fehlende Unterstützung durch die Alliierten, die bereits eine kommunistische Machtübernahme in Italien befürchteten. Die «Garibaldini» zogen sich in ihre Täler zurück. Auch viele Flüchtlinge, die in die Schweiz geflohen waren, kehrten später zu ihren Genossinnen und Genossen zurück und kämpften weiter. Die Taktik war jetzt aber eine andere: Nun galt es, Einrichtungen wie Elektrizitätswerke und Eisenbahnanlagen gegen die abziehenden Deutschen zu verteidigen, denn das Kriegsende nahte. Die Partisaninnen und Partisanen aus dem Ossola waren es denn auch, die in einer wagemutigen Aktion den Simplontunnel vor dem Dynamit der Nazis gerettet haben. Jetzt wurde ihnen auch von der offiziellen Schweiz der Heldenstatus verliehen.

frida

Empfehlenswert hierzu ist das
«Museo della Resistenza Partigiana»
in Ornavasso, Norditalien.

ZUM WEITERLESEN:

Weber Jürgen:
PartisanInnen im Piemont
Antifaschistischer Widerstand in Nordwestitalien (Buch und Video)
querblick, Konstanz 1996

Bologna Pablo:
Ornavasso, das Rütli, Visp 1984

Markov Walter (Hg.): **Weltgeschichte im Revolutionsquadrat.**
Die Partisanenrepubliken von Ossola und Carnia, Berlin 1979

König Vittorio Emanuele III

(*11.11.1869, † 28.12.1947)

Vittorio wird 1900 König von Italien und Herzog von Savoyen. 1922 ernannt er Benito Mussolini zum Ministerpräsidenten und tritt auf der politischen Bühne eher in den Hintergrund. 1943 verhaftet er unter Druck der Alliierten den Ministerpräsidenten und bringt den Marschall Badoglio an die Macht. Drei Jahre später dank Vittorio Emanuele ab und reist in die USA ins Exil.

Benito Amilcare Andrea Mussolini

(*29.7.1883, † 28.4.1945)

Im Jahr 1922 organisiert Mussolini mit 26'000 Faschisten einen Sternmarsch auf Rom. Daraufhin wird Mussolini vom König Vittorio zum Ministerpräsidenten ernannt. Mussolini baut im Verlauf der nächsten Jahre Italien zu einer Diktatur aus. 1943 wird Mussolini verhaftet und inhaftiert. Als daraufhin deutsche Truppen Teile von Italien besetzen, wird Mussolini befreit und mit ihm die faschistische Republik ausgerufen. Als die faschistischen Diktatur dem Ende naht, versucht Mussolini über die Schweiz nach Italien zu fliehen. Mussolini wird auf der Flucht von Partisanen gefangen genommen und sogleich hingerichtet.

Pietro Badoglio

(*29.7.1871, † 1.11.1956)

Er wird 1943 von König Vittorio zum Ministerpräsidenten Italiens ernannt. Badoglio führt die Kapitulationsverhandlungen mit den Alliierten und unterzeichnet im September 1943 die bedingungslose Kapitulation Italiens. 1945 wird er aus dem italienischen Senat wegen seiner früheren Zusammenarbeit mit den Faschisten ausgeschlossen.

CLN

(Comitato di Liberazione Nazionale)

Am 9. September 1943 formieren sich antifaschistische Kräfte zum Comitato di Liberazione Nazionale (Komitée zur nationalen Befreiung), welches zum bewaffneten Widerstand aufruft. Daraufhin entstehen erste Partisaneneinheiten, die innerhalb weniger Monate zu einer kampfstarken Armee heranwachsen.

DEMOKRATIE FÜR ALLE

Mexico 1968

Über hundert Tage lang halten StudentInnen mit der Besetzung der Nationalen Universität (UNAM) und täglichen, teilweise riesigen Demonstrationen Mexiko-Stadt in Atem. Die mexikanische Regierung, eifrig unterstützt von der handzahmen Presse, reagiert auf den Aufstand mit einem schmutzigen Krieg, der im Massaker von Tlatelolco gipfelt.

AUFBÄUMEN GEGEN DAS AUTORITÄRE REGIME

Mexiko war seit Ende der 1950er-Jahre ein unruhiges Pflaster und die autoritäre Regierung hatte alle Hände voll zu tun, rebellische Bauern und regelmässig streikende Arbeiter in Schach zu halten. Die Unruheherde wurden auch in den 1960er Jahren, der Amtszeit von Präsident Díaz Ordaz, noch streng überwacht, mit dem Ziel, aufwieglerische Tätigkeiten bereits im Keim zu ersticken und Anführer kurzerhand einzusperren. Dies geschah – der Kalte Krieg ist in vollem Gang und die USA nah – umso eher, wenn kommunistische Ideen ins Spiel kamen.

Seit 1929 führt die Staatspartei PRI ein Regime, das totalitäre Züge trägt. Mit skrupelloser Korruption verknüpft das System Unternehmer, Militär, Gewerkschaften und soziale Organisationen. Der Staat kann sich nicht erlauben, dass sich Strukturen entwickeln, die sich nicht in die Institutionen einbinden lassen.

Aber es ist auch die Zeit der Matratzenlager, der kollektiven Küchen, der Demonstrationen und des UNAM-Streikkomitees. Viele der später entstehenden linken Organisationen haben ihren Ursprung in dieser Zeit, unter anderem die Fuerza de Liberación Nacional (FLN), aus der 15 Jahre später das Zapatistische Befreiungsheer (EZLN) hervorgeht.

DER WIDERSTAND ERWACHT

Die StudentInnenbewegung in Mexiko explodiert am 26. Juli 1968 mit der Besetzung der grössten Universität Lateinamerikas, der UNAM. Auslöser ist der Überfall einer der mexikanischen Geheimpolizeien auf die Büros der Kommunistischen Partei und die damit verbundenen Verhaftungen von kommunistischen Studentenführern. Auch in anderen Universitäten der Hauptstadt gärt es, und die Mehrheit der Schulen tritt in den Streik, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erwirken. Am 28. Juli fordert ein interuniversitäres Streikkomitee auf landesweit verbreiteten Flugblätter Demokratie.

Zwei Tage später stürmt das Militär das besetzte Universitätsgelände mit Panzerfäusten. Fazit: Über 400 Verletzte und 1'000 Verhaftete.

Doch diese Aktion zwingt die Bewegung nicht in die Knie – im Gegenteil. Je mehr der Staat provoziert, desto aktiver wird der Widerstand.

DIE BEVÖLKERUNG SOLIDARISIERT SICH

Die Bewegung kommt noch stärker ins Rollen und nimmt ein Ausmass an, das selbst für viele AktivistInnen überraschend ist. Am 31. Juli gehen 100'000 StudentInnen auf die Strasse. Nur zwei Wochen später erlebt Mexiko-Stadt die grösste Demonstration seit vielen Jahren: Sogar der Polizeibericht nennt 200'000 TeilnehmerInnen.

Die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung erstaunt alle. Umso mehr, als öffentliche politische Betätigungen, wie eine Demonstration zu veranstalten, ein Plakat zu kleben oder eine Parole an die Wand zu malen Grund genug waren, eingesperrt zu werden.

Die Propaganda der Studierenden wirkt allmählich über die Grenzen der studentischen Zirkel hinaus, was zu internen Spannungen führt. Revolutionäre Flügel wollen, dass die Bewegung gezielter ins Volk hinausgetragen wird und die Botschaft einer «Demokratie für alle» bis in die Fabriken erhört werden. Die Reformisten hingegen sind Verhandlungen mit dem autoritären Staat nicht abgeneigt. Doch in der alltäglichen Konfrontation mit der Wirklichkeit kann sich die interne Krise nicht wirklich entfachen.

Die Ereignisse folgen nun Schlag auf Schlag – die heterogene Bewegung spielt ihre Trümpfe aus: Getragen von einer breiten Basis ist sie spontan, schnell und beweglich. Oft taucht sie an verschiedenen Orten gleichzeitig auf. Von Tag zu Tag wachsen die Proteste auf den Strassen. Manchmal verwandeln sich Strassenblockaden von vier Brigaden plötzlich in eine Volkskundgebung. Propagandabrigaden sind Tag und Nacht aktiv, mobile Abziehpressen laufen heiss.

REPRESSION ALS ANTWORT

Die Bewegung entwickelt eine Eigendynamik, die sie unglaublich agil macht. Zu unberechenbar, vielleicht sogar zu gefährlich für die Regierung, als dass sie noch geduldet werden kann. Zudem schicken sich Unruhen nicht, umso weniger, wenn imageträchtige Olympische Spiele vor der Tür stehen. In Kürze werden sich die Augen aller Welt nach Mexiko richten, da lockt natürlich rigoroses Durchgreifen. Schliesslich steht und fällt mit den Spielen das Ansehen Mexikos und Ordaz' internationale Reputation.

Die Auseinandersetzungen mit der Polizei werden härter und blutiger. Am 18. September 1968 – die UNAM ist noch immer besetzt – fahren Panzer ein. 10'000 Soldaten stürmen den Campus und verhaften 1'500 unbewaffnete StudentInnen.

Das Stadtviertel Santo Tómas muss von der Polizei regelrecht erobert werden. Zehn Stunden lang leisten die StudentInnen erbitterten Widerstand. Durch die Rückeroberung der Schulen durch das Militär brechen zwar wichtige Kontakte ab, und die interuniversitäre Koordination wird erschwert, doch die Bewegung vermag es nicht zu knicken. Immer noch gehen Hunderttausende auf die Strasse, um gegen die Räumung und für die Freilassung der politischen Gefangenen zu demonstrieren. Auch die Brigaden halten sich auf magische Weise. Autos bestückt mit Abziehpressen sind ununterbrochen unterwegs, Flugblätter werden direkt am Ort des Geschehens geschrieben und gedruckt.

DIE ENDGÜLTIGE NIEDERWERFUNG

Über Wochen versammeln sich täglich mehrere tausend Personen auf dem Platz der drei Kulturen im Stadtteil Tlatelolco. Am 2. Oktober 1968 eröffnet das Batallón Olimpia, eine Spezialeinheit der Regierung, plötzlich aus einem Haus heraus das Feuer. Militärs schiessen ebenfalls und ermorden mehrere hundert DemonstrantInnen. Die genaue Opferbilanz ist bis heute ungeklärt, realistisch ist eine Zahl von 500 Toten.

Mit dem Massaker von Tlatelolco findet der Aufstand nach 123 Tagen ein abruptes Ende. Für das Regime unter Präsident Ordaz hat sich die repressive Taktik ausbezahlt: Der Widerstand bricht und die Olympischen Spiele in Mexiko können zehn Tage später – unter dem Motto «Everything is possible with peace» – wie geplant eröffnet werden.

VERFILZUNG VON REGIERUNG UND PRESSE

Das Massaker auf dem Platz der drei Kulturen ist der Bevölkerung Mexikos bis heute in bleibender Erinnerung. Einerseits markiert das Ereignis den Anfang eines weit reichenden Vertuschungsskandals, in dem die Medien mit ihrer einseitigen Berichterstattung eine zentrale Rolle spielen. Regierungstreu wie sie waren, publizierten sie falsche Zahlen, manipulierte Informationen und Bilder. Andererseits ist mit der Niederschlagung des Widerstands am 2. Oktober in Mexiko der autoritäre Höhepunkt erreicht, so dass die Studentenbewegung von 1968 als Startschuss zur Demokratisierung Mexikos gilt.

Die Unfähigkeit des autoritären Regimes, anders als mit Gewalt zu antworten, bedeutete die erste Legitimationskrise

der Regierung. Jahrelang wir alles daran gesetzt die wahren Geschehnisse zu verschleiern.

Erst im Jahr 1999 sind Beweise für die Existenz von Scharfschützen auf den Dächern und somit die Verantwortung der Regierung ans Tageslicht gelangt. Das Massaker wurde nicht – wie jahrelang von Regierung und Medien behauptet – von gewalttätigen Studenten ausgelöst, sondern war die gelungene Inszenierung einer Sondereinheit unter dem Oberbefehl des Präsidenten.

Ein Jahr später (2000) wird die PRI-Regierung von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) unter dem Präsidenten Vincente Fox abgelöst. Obwohl sich die PAN mit der Aufklärung der Verbrechen befasst, ist bis heute unklar, wie viele mutmassliche «Militante» in dieser Zeit in den Kerkern der Armee gefoltert oder ermordet wurden oder für immer verschwunden sind. Die Täter von damals sind heute immer noch straffrei.

ZUM WEITERLESEN:

Paco Ignacio Taibo II: **1968 - Gerufene Helden**
Ein Handbuch zur Eroberung der Macht
Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse,
Berlin/Hamburg 1997

Volpi Jorge: **La imaginación y el poder.**
Una historia intelectual de 1968
Ediciones Era, México 1998

EZLN

Das Zapatistische Befreiungsheer (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) wird 1983 in Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten Mexikos, ins Leben gerufen und beansprucht, die Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos zu repräsentieren, sieht sich aber auch als Teil einer grösseren antikapitalistischen Bewegung für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Der Name des Heers ist eine Referenz an Emiliano Zapata, einem Führer der mexikanischen Revolution von 1910 – 1929.

FLN

Die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiung (Fuerzas de Liberación Nacional) werden von Militanten der Studentenbewegung von 1968 gegründet, die nach dem Massaker von Tlatelolco auf das Land gegangen sind. Die FLN kann ein grosses Netz von Guerillagruppen um Ocosingo, einer Stadt in Chiapas, aufbauen.

Gustavo Diaz Ordaz

(*12.3.1911, † 15.7.1979)

Der Jurist und Politiker Gustavo Diaz Ordaz Bolaños Cacho gewinnt 1964 die mexikanischen Präsidentschaftswahlen. Er zählt zum konservativen Flügel der Regierungspartei PRI. In seine Amtszeit fällt 1968 die blutige Niederschlagung von Protesten vor den Olympischen Spielen in Mexiko-Stadt.

PAN

Die Partei der Nationalen Aktion (Partido Acción Nacional) ist eine der drei grossen Parteien in Mexiko – neben der PRI und der Partei der Demokratischen Revolution PRD (Partido de la Revolución Democrática). Die konservative PAN wird 1939 gegründet und stellt seit dem Jahr 2000 mit Vicente Fox Quesada den Staatspräsidenten von Mexiko.

PRI

Die Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional) wird 1929 in Mexiko gegründet. Sie dominiert von Anfang an die Politik Mexikos und trägt die Züge einer Einheitspartei. Die Partei stellt bis ins Jahr 2000 sämtliche Staatspräsidenten.

Stonewall was a RIOT

oder warum ein fünftägiger Strassenkampf des Sommers 1969 noch heute gefeiert wird.

In der Nacht vom Freitag, 27. Juni 1969, macht die New Yorker Polizei eine ihrer zahlreichen Razzien gegen schwullesbische Lokale. Doch dieses Mal wird alles anders sein: Die Bullen haben sich das Stonewall Inn an der Christopher Street ausgesucht. Die Polizisten schikanieren, beschimpfen und schlagen die dort Anwesenden wie üblich. Nach der Personenkontrolle werden die Menschen einzeln rausgelassen. Aber anstatt sich zu verdrücken, bleiben sie vor dem Stonewall stehen. Sie haben genug. Als die Polizei die Verhafteten abführen will und eine festgenommene Lesbe sich zu wehren beginnt, kippt die Stimmung. Ein Hagel aus Münzen und Bierflaschen in Richtung Polizei setzt ein. Die Kastenwagen rasen mit den Verhafteten davon, während sich die zurückgebliebenen Polizisten in die Kneipe zurückziehen müssen und sich dort verbarrikadieren. Die wütende Menge beginnt,

mit Hilfe einer Parkuhr die Eingangstüre des Stonewalls einzurammen. Von drinnen hören die Cops das Geräusch splitternden Glases und den dumpfen Aufschlag von Pflastersteinen. Jemand schüttet Benzin durch ein zerbrochenes Fenster und ein Streichholz hinterher. Die Polizei ist bereit, den ersten zu erschiessen, der durch die Tür eindringt. Bevor es soweit kommt, treffen mehrere Hundertschaften Polizisten ein. Die Verstärkung kann die eingeschlossenen Polizisten befreien. Die Strassenschlachten dauern die ganze Nacht. Die New York Daily News wird später schreiben: «Für einige Stunden hat Bürgerkrieg in Greenwich Village geherrscht!» Die Nachricht der Riots verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Zahlreiche UnterstützerInnen reisen an, um sich dem Aufstand anzuschliessen. Die Riots dauern fünf Nächte an.

Wieso das Stonewall Inn? Das Stonewall Inn gehört zu jenen Schmuddellokalen, die ohne Alkohollizenz geführt werden, und die den Kneipen mit eindeutig lesbischem oder schwulem Zuschnitt häufig verwehrt wird. Auch ist in New York das Tanzen für Männerpaare verboten. Wie viele andere Lesben- und Schwulenkneipen jener Zeit hält sich das Stonewall mit Schmiergeldern an die Polizei über Wasser. Hier treffen sich die Ausgeschlossenen der Ausgeschlossenen, die in gutbürgerlichen Schwulenkneipen keinen Einlass finden: Transen, Tunten, Stricher, obdachlose Jugendliche, Butches, Dykes, Schwarze, Latin@s. Für drei Dollar Eintritt können sie sich eine ganze Nacht, geschützt vor Kälte oder Wärme, drinnen aufhalten. Das Stonewall ist die Heimat für alle, die von der bürgerlichen Kleinfamilie und der kommerziellen Homoszene ausgespuckt werden.

VOR STONEWALL KEIN GROSSES SELBSTBEWUSSTSEIN

Nach dem II. Weltkrieg wurde Homosexualität weltweit aus der Öffentlichkeit verdrängt und unterdrückt. Die erste organisierte schwullesbische Bewegung in Europa, die um 1900 ihren Anfang nahm, wurde durch die Nazis zerschlagen. Nach dem Ende des Dritten Reiches blieb in Deutschland der von den Nazis verschärfte Paragraph 175 in Kraft. Die Schwulen verblieben weiterhin im Knast. In der Sowjetunion machte Stalin alle Fortschritte der Russischen Revolution (Legalisierung der Homosexualität, Abschaffung der Kleinfamilie, Frauenrechte) wieder rückgängig. In den USA verschärfte sich das Klima durch die Hetze der McCarthy-Ära gegen Homosexuelle und KommunistInnen. Nach dieser spezifisch paranoiden Weltsicht verweichlichten Homosexuelle die amerikanische Gesellschaft und erleichterten damit eine «kommunistische Übernahme». Es verwundert daher nicht, dass 1951 der erste Organisationsversuch von Homosexuellen in den USA von KommunistInnen ausging. Sie gründeten die Mattachine Society, um Homosexuellen ein kritisches Bewusstsein ihrer kollektiven Unterdrückung durch die Mehrheitsgesellschaft zu vermitteln. Spätestens 1953 wurden die KommunistInnen aus der Organisation gedrängt, und Mattachine übernahm eine politische Linie, die auf die gesellschaftliche Integration des einzelnen Homosexuellen in den US-amerikanischen Mainstream zielte. Statt selbstbewusstes Auftreten war jetzt Anbiederung und Unterwürfigkeit Programm. Die Lesben organisierten sich ab 1955 in Daughters of Bilitis (DOB) mit der selben Ausrichtung.

STONEWALL FÜHRT ZUR REVOLUTIONÄREN GAY LIBERATION FRONT

Während DOB und Mattachine sich zum Teil an der schwarzen Bürgerrechtsbewegung orientierten, wuchs eine neue Generation heran, die sich die Black Panther Party und ihren revolutionäreren Ansatz zur weltweiten Überwindung des Kapitalismus zum Vorbild nahmen. Diese radikalisierten AktivistInnen organisierten nach der ersten Stonewall-Nacht eine Demo und spalteten sich bald darauf von Mattachine und DOB ab und gründeten die Gay Liberation Front! (GLF). Marsha Shelley erzählt rückblickend: «Bei Mattachine und DOB konnten wir nicht offen sagen, dass wir gegen den Vietnamkrieg waren, weil sie glaubten, dass es eine schlechte Strategie wäre, in andere Kämpfe verwickelt zu werden. Sie glaubten, dass es schwierig genug sei, für lesbisch-schwule Rechte zu kämpfen, ohne all diese anderen Kämpfe zu übernehmen. Aber diejenigen von uns, die bei GLF waren, fühlten, dass die Kämpfe vereinigt werden sollten: die schwarze Bürgerrechtsbewegung, der Kampf gegen den Vietnamkrieg, die Frauenbewegung, feministische Politik, sozialistische Politik... Und natürlich die lesbisch-schwule Frage.»

DIE LESBISCHEN FEMINISTINNEN IM KAMPF GEGEN DAS PATRIARCHAT

Obwohl Lesben seit den Anfängen der Frauenbewegung mitkämpften, herrschte in den Organisationen der Frauenbewegung die Angst vor, dass sichtbare Lesben die Frauenbewegung angreifbar und die Durchschnittsfrau erschrecken könnten. Tatsächlich wurde die Frauenbewegung von der bürgerlichen Presse als lesbische Verschwörung dargestellt, wie auch alle Frauen, die sich für ihre eigenen Interessen einsetzen, unter dem Generalverdacht stehen, lesbisch zu sein. Während einige Frauenorganisationen sich von Lesben distanzieren, in der Hoffnung, eine breitere Bevölkerungsschicht ansprechen zu können, wollen die radikalen Feministinnen das Patriarchat grundsätzlich in Frage stellen und propagieren eine Lebensweise, in der Frauen sich auf Frauen beziehen und eigene (männerfreie) Strukturen und Freiräume aufbauen. Gleichzeitig fühlen sich viele Lesben in den schwullesbischen Gruppen an den Rand gedrängt. Sie verabschieden sich vom Begriff Gay, der ursprünglich für Lesben und Schwule stand, und gründen eigene Gruppen wie die Lesbian Feminist Liberation.

TUNTEN UND TRANSVESTITEN GEGEN AUSGRENZUNG

Bei den Stonewall-Riots an vorderster Front mit dabei sind die Tunten und Transgender Personen. Auch sie haben immer wieder damit zu kämpfen, dass ihre Interessen von Assimilationisten geopfert werden, denn sie gefährden deren Streben nach Anpassung und Normalität. Marsha P. Johnson und Silvia Riviera, beides Stonewall-Aktivistinnen, rufen deshalb S.T.A.R. ins Leben, die Street Transvestite Action Revolutionaries. Silvia als puertoricanische und Marsha als schwarze Tunte haben beide für die Mehrheit sowohl die falsche Hautfarbe, die falsche sexuelle Orientierung und tragen die falsche Kleidung. Sie eröffneten ein S.T.A.R.-Haus, um jungen obdachlosen oder von zu Hause geflohenen Tunten und Transgenders ein Dach und Hilfe anbieten zu können. Silvia Riviera war selbst mit zehn Jahren von zu Hause abgehauen und überlebte als sich prostituierende Tunte auf der Strasse. Das Haus müssen sie schon bald wegen mangelnder Unterstützung durch die Szene schliessen – nur die GLF unterstützt halbherzig. Doch beide setzen sich ihr Leben lang weiter für die Obdachlosen und Transgender ein. Marsha wird 1992 ermordet im Hudson River gefunden. Während die Polizei versucht, das Ganze als Selbstmord abzutun, können FreundInnen ZeugInnen finden, die gesehen haben, wie Marsha angegriffen wurde. Silvia engagiert sich ab 1997 im Transy House, ein Haus mit den gleichen Zielen wie das erste S.T.A.R-Haus, und gründet 2000 zusammen mit anderen Trans-AktivistInnen S.T.A.R. erneut.

STONEWALL FÜHRT ZU JÄHRLICHEN WELTWEITEN DEMOS

Die Bedeutung des Stonewall-Aufstandes wird deutlich anhand der unzähligen CSDs (Christopher Street Day, genannt nach der Strasse an der das Stonewall Inn liegt), Stonewall-Demos oder Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Pride-Parades, die jeweils im Juni und Juli weltweit stattfinden mit Hunderttausenden von TeilnehmerInnen. An vielen Orten hat das selbstbewusste Auf-die-Strasse-tragen der eigenen lesbisch-schwul-bi-trans-verqueeren Identität heute noch Sprengkraft. Zahlreiche CSDs werden verboten (zum Beispiel 2004 in Belgrad, 2005 in Krakau, Warschau und Jerusalem), und Opposition der religiösen FundamentalistInnen ist ihnen überall auf der Welt gewiss. An anderen Orten ist der CSD zur reinen Kommerzparty verkommen, weitgehend unpolitisch und kompatibel für Sponsoring durch multinationale Konzerne. Das Wissen über den Stonewall-Aufstand ist oft beschränkt auf «da haben sich die Schwulen und Lesben zum ersten Mal gewehrt.» Wer sich da genau mit welchen radikalen Mitteln gewehrt hat, wird meist verschwiegen. Kein Wunder, denn Stricher, Schwarze, Tunten, Transen und Butches gehören auch heute nicht zu den Lieblingen derer, die sich Akzeptanz durch Anpassung an die herrschenden Zustände erhoffen. Die Erfolge, die heute gemacht werden, sind die Früchte der radikalen Kämpfe der 1970er- und 1980er-Jahre. Die Anpassungsfraktion herrscht zwar wieder vor, doch haben sie keine Antworten auf die Angriffe der rechtskonservativen und fundamentalistischen Kreise. Organisierungsversuche, meist kleine, für ein grundlegendes Infrage-

stellen der herrschenden Verhältnisse, gibt es immer wieder, zum Beispiel 1993 die TuntenTerrorTour quer durch Deutschland oder die Queer Street Days für eine Wiederpolitisierung des CSDs im 2002. Zur Zeit ist es die Queer-Bewegung, die durch die Erkenntnis, dass die verschieden Unterdrückungsformen auf dem gleichen Mechanismus der Ausgrenzung/Abwertung von ausserhalb der Norm Stehenden basieren, ein Bündnis aller «Abartigen» aufbaut, um diese Normalitätskonstruktionen aushebeln zu können.

HOMO AG Reitschule

ZUM WEITERLESEN:

Teal Don: **The Gay Militants**
Stein and Day, New York 1971

http://gigi.x-berg.de/stonewall

Assimilationisten
Leute, die eine Politik der Anpassung an die herrschende Norm vertreten.

Butches
Lesben, die sich nicht den vorherrschenden Normen, wie eine (weibliche) Frau auszusehen und sich zu benehmen hat, unterwerfen wollen und deshalb oft als männlich bezeichnet werden. Ein Aspekt davon ist auch das Sichtbarmachen von lesbischen Lebensweisen: Butches weichen sichtbar von der Norm ab und wehren sich so gegen die heterosexuelle Vorannahme. Ein weiterer Aspekt ist die Butch-Femme-Kultur, ein Spiel mit den traditionellen Geschlechterrollen, das u.a. deren Konstruiertheit aufzeigt.

Dykes
Früher negativer Begriff für Lesben, der jedoch von kämpferischen Lesben als Eigenbezeichnung angeeignet wurde.

Greenwich Village
Quartier in New York, das schon früh als schwulesbisches Quartier bekannt wurde.

Transen
Abk. für Transsexuelle, Transvestiten, Transidentische, Transgender.

Transgender
Menschen, deren gefühltes Geschlecht (Identitätsgeschlecht) nicht mit den körperlichen Geschlechtsmerkmalen übereinstimmt, bzw. die nicht in die herrschende Zweigeschlechter-Norm (Mann oder Frau) passen oder passen wollen. Überbegriff für eine Vielzahl von Bezeichnungen wie Transsexuelle (Betonung auf Geschlecht), Transvestiten (Praxis, die Kleidung des ‹anderen› Geschlechts anzuziehen, betont) und Transidentische (Identität hervorgehoben).

Tunten
Schwule oder andere Männer, die sich nicht den vorherrschenden Normen (wie ein ‹echter› Mann auszusehen und sich zu benehmen hat) unterwerfen wollen und deshalb oft als weiblich bezeichnet werden. Meist reicht eine traditionell als weiblich definierte Geste aus, um als Tunte beschimpft zu werden. Auch als positiv besetzte Eigenbezeichnung von Schwulen, die traditionell als weiblich definierte Kleidung anziehen, als Spiel mit der eigenen Identität bzw. wie bei ››Butches auch als Strategie sich von patriarchalen Rollenbildern zu distanzieren und diese anzugreifen.

Queer/Abartige
Queer wird/wurde im Englischsprachigen als Schimpfwort für alles Abweichende/Seltsame/Abartige benutzt und von der Queerbewegung für sich vereinnahmt. Queer will wie schon der Feminismus das Bewusstsein über die Konstruiertheit von der Zweigeschlechtlichkeit, Geschlechterrollen und Identitäten vergrössern und diese Normen dekonstruieren und auflösen. Der Begriff wird oft auch im Deutschen verwendet, dabei geht aber viel von der Sprengkraft des Begriffes verloren. Eine mögliche Übersetzung, um die Sprengkraft beizubehalten, ist der Begriff «abartig».

SCHÜLERINNEN-AUFSTAND IN SOWETO 1976

Der Anfang vom Ende der Apartheid

Am Mittwoch, 16. Juni 1976, versammeln sich gegen Mittag in Soweto immer mehr Schülerinnen und Schüler. Schliesslich sind es zwischen 15'000 und 20'000 Menschen, die gegen ein neues Gesetz des Apartheidregimes, das Afrikaans als neue Schulsprache einführen will, protestieren. Die Demonstration soll zu einer Kundgebung in ein Sportstadion von Soweto führen. Es werden Transparente wie «Zur Hölle mit Afrikaans», «Nein zum Afrikaans, der Sprache der burischen Unterdrücker» oder «Afrikaans ist nur eine Stammessprache» entrollt. Bevor der friedliche Protestzug den Ort der vorgesehenen Abschlusskundgebung erreicht, stellt sich ihm jedoch die Polizei entgegen. Diese hetzt zuerst Hunde auf die

DemonstrantInnen, dann setzt sie Tränengas und schliesslich scharfe Munition ein. Am ersten Tag des Aufstandes in Soweto werden nach offiziellen Angaben 23 Tote gezählt, andere Quellen sprechen dagegen von 200 erschossenen SchülerInnen.

DAS SYSTEM DER APARTHEID

Schon im 19. Jahrhundert wurde die Rassentrennung unter der britischen Kolonialherrschaft eingeführt. Nach einem knappen Wahlsieg der Nationalen Partei bei den Parlamentswahlen von 1948 wurde die Apartheidgesetzgebung systematisch ausgebaut. Die Vielzahl von Apartheidgesetzen lässt sich vier Funktionsbereichen zuordnen, die unterschiedliche Absichten verfolgten:

- Die «Rassenreinheit» zu gewährleisten
- Die physische Trennung der vier gesetzlich fixierten Rassen (Schwarze, Weisse, Farbige und Asiaten) zu garantieren

- Eine effektive politische Vorherrschaft der Weissen zu sichern
- Eine umfassende Kontrolle vor allem der schwarzen Bevölkerung in nahezu allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

DER WIDERSTAND

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts gab es Widerstand gegen das rassistische Herrschaftssystem in Südafrika. Einige der wichtigsten Ereignisse für die Entwicklung Südafrikas sind hier kurz dargestellt.

1952 gab es breiten Widerstand gegen die rassistische Gesetzgebung durch die «Kampagne zur Missachtung ungerechter Gesetze». Diese Kampagne des zivilen Ungehorsams setzte sich zum Ziel, wichtige Apartheidgesetze massenhaft bewusst zu übertreten. Die Freiwilligen sollten sich zu Tausenden verhaften lassen und die Durchsetzung der Gesetze verunmöglichen. Auch wenn das Ziel, die Abschaffung der Apartheidgesetze, nicht erreicht wurde, verstärkte sich durch die Kampagne das politische Bewusstsein in grossen Teilen der afrikanischen Bevölkerung.

In Sharpeville schoss die Polizei am 21. März 1960 in eine friedliche Demonstration, die gegen die rassistischen Gesetze protestierte. Dabei wurden 69 Menschen getötet. Angesichts der sich verschärfenden Repression und der zahlreichen Todesopfer, die durch die brutalen Polizeieinsätze immer wieder zu beklagen waren, wurde 1961 der «Umkhonto we Sizwe», der bewaffnete Arm der ANC, gegründet. Die blutige Unterdrückung des friedlichen Widerstandes ge-

gen das Apartheidregime wurde auch mit Sabotageakten beantwortet.

Ein neuer Impuls kam in den frühen 1970er-Jahren von der immer aktiver werdenden schwarzen Industriearbeiterschaft, die vermehrt mit Streiks auf sich aufmerksam machte und dadurch 1973 erstmals seit den 1940er-Jahren eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchsetzen konnte.

Eine grosse emotionale Bedeutung hatte auch der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialimperiums um 1975, zeigte er doch, dass auch ein weisses Minderheitsregime nicht unbesiegbar war. Umgekehrt zeigte Südafrikas Militärintervention im befreiten Angola gegen die marxistische MPLA-Regierung und die mit ihr verbündeten kubanischen Truppen, wie sehr man in Südafrika einen militant marxistisch geprägten Nationalismus im südlichen Afrika fürchtete. Der kurz darauf folgende Rückzug der südafrikanischen Streitkräfte, angesichts der überlegenen kubanischen Verbände Anfang 1976, stärkte die Hoffnung in den schwarzen Townships, dass das weisse Südafrika besiegbar sei.

DER SOWETO-AUFSTAND

In diesem Klima ordnete die Regierung an, dass künftig Afrikaans Unterrichtssprache für die schwarze Bevölkerung sein sollte, jene Sprache, die den AfrikanerInnen als Symbol ihrer Unterdrückung galt. Im Gegenzug riefen SchülerInnen, die teilweise mit der Black-Consciousness-Bewegung sympathisierten, zu einer Protestveranstaltung auf.

Obwohl die friedliche Demonstration am 16. Juni 1976 brutal angegriffen wurde, weiteten die SchülerInnen den Protest auf ganz Soweto aus. Das Ziel der anschliessenden Schulboykotte, Protestmärsche und Arbeitsniederlegungen war nicht mehr nur die Beseitigung des Afrikaans-Erlasses, sondern der Sturz des Apartheidregimes und die Verwirklichung der Forderung «ein Mensch, eine Stimme».

In den folgenden Monaten wurden Regierungseinrichtungen, Gebäude der Apartheidverwaltung und staatliche Busunternehmen angegriffen. Der Aufstand dehnte sich schnell auf ganz Südafrika aus und übertraf die Unruhen der frühen 1960er Jahre an Intensität bei weitem. Indem sie zu «Stay-at-homes» an bestimmten Tagen aufriefen, vermochten sich die SchülerInnen, die den Aufstand trugen, breite Unterstützung zu sichern. Es war ihnen gelungen, Soweto und in geringerem Masse andere Städte in kurzer Zeit zu politisieren. Überall sah man die hocherhobene geballte Faust. Auch die ältere Generation, und in den westlichen Kapprovinzen viele «Farbige», beteiligten sich, ungeachtet der umfangreichen Polizeieinsätze, an den Protesten. Nach monatelangen Auseinandersetzungen wurde der Aufstand Ende 1977 niedergeschlagen. Die Lage in Soweto blieb jedoch weiterhin sehr gespannt. Die Regierung bezifferte die Zahl der Todesopfer auf 547 und nannte mehr als 2000 Verletzte als Folge der Konfrontationen. Die tatsächlichen Zahlen lagen vermutlich weit höher.

DIE FOLGEN

Soweto war jahrelang Kriegsgebiet, Panzerwagen, Militärstreifen, uniformierte und verdeckt operierende Polizisten

beherrschten das Township. Aber die Bevölkerung liess sich nicht einschüchtern. Aus Beerdigungen wurden Protestmärsche, und die BewohnerInnen weigerten sich, Miete und kommunale Dienstleistungen zu bezahlen.

Soweto war der Anfang der Konfrontation, die das Apartheidsystem schliesslich in die Knie zwang. Nach dem Aufstand verliessen Tausende junge Schwarze das Land und schlossen sich im Exil dem ANC an. «Nicht trauern, sondern mobilisieren», wurde zum Leitmotiv der AktivistInnen. Auch innerhalb der Republik schien nun eine Ausdehnung der Untergrundaktivitäten wieder möglich zu sein. Aus den Reihen nicht verhafteter oder ins Ausland geflohener Widerständler entstanden neben den schon bestehenden neue radikale Gruppierungen, die für die Zerschlagung des «rassistischen Kapitalismus» kämpften. Unabhängig davon entstanden in den Townships Jugend-, ArbeiterInnen- und Kulturgruppen, die basisorientiert arbeiteten und vor allem durch die Organisation von Schulboykotten öffentliche Aufmerksamkeit erregten. 1979 formierte sich mit der «Federation of South African Trade Unions» eine Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht mit gewerkschaftlichen Forderungen begnügte, sondern das Apartheidsystem selbst abschaffen wollte.

In den 1980er Jahren gewann der Widerstand erneut an Dynamik. Letzten Endes konnten weder die Ausrufung des Notstandes, die Zensur, die Inhaftierung und Verbannung der AktivistInnen, noch die verdeckten Einsätze von Todeskommandos von Polizei und Armee gegen die Führer des Widerstandes, die Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten unterdrücken.

ZUM WEITERLESEN

Braun Annette, Magubane Peter: **Soweto – Ein südafrikanischer Mythos**, Arnoldsche, Stuttgart 2001

Hagemann Albrecht: **Nelson Mandela** Rowohlt, Reinbeck b. Hamburg 1995

Ropp Klaus: **Südafrikas dorniger Weg auf der Suche nach Frieden** Nomos, Baden-Baden 1996

ANC

(Afrikanischer Nationalkongress)
Der 1925 gegründete ANC versteht sich als Interessenvertretung der schwarzafrikanischen und farbigen Bevölkerungsgruppen gegen ihre Unterdrückung. Seit den ersten freien Wahlen im Jahre 1994 stellt er in Südafrika die Regierung und hält die absolute Mehrheit im Parlament.

BCM

(Black-Consciousness-Movement)
Die Black-Consciousness-Bewegung geht aus dem wiedererwachten Selbstbewusstsein der Schwarzen in den 1960er-Jahren hervor und setzt sich gegen die Unterdrückung im diskriminierenden Apartheidsystem Südafrikas zur Wehr.

Soweto

(South Western Townships)
Soweto ist eine Millionenstadt in Südafrika und gleichzeitig ein Vorort der Wirtschaftsmetropole Johannesburg.

Townships

Für die schwarze, farbige und indische Bevölkerung wurden während der Apartheid Wohngegenden errichtet, um sie vom weissen Stadtteil abzuschirmen. Auch heute noch nehmen «Townships» in Südafrika die Ausmasse von ganzen Städten an (z.B. Soweto).

KWANGJU IM MAI 1980

Eine Stadt in Rebellion

Kwangju ist eine Stadt mit rund 800'000 EinwohnerInnen im Südwesten der koreanischen Halbinsel. Im Mai 1980 rebellierten Hunderttausende gegen die südkoreanische Militärjunta, bewaffneten sich und riefen die Freistadt Kwangju aus. Sechs Tage lang verteidigten sich die Aufständischen und begannen, eigene Strukturen aufzubauen, um die befreite Stadt zu organisieren – bis es dem Militär gelang die Stadt zurückzuerobern und den Aufstand blutig niederzuschlagen. Seither gilt Kwangju als ein Symbol für Befreiung, das in ganz Asien unzählige Kämpfe gegen ausbeuterische Arbeits- und Lebensbedingungen und autoritäre Regimes inspiriert hat.

VORGESCHICHTE

Die Teilung Koreas erfolgte nach dem Ende des II. Weltkriegs. Vergleichbar mit Nachkriegsdeutschland wurde das Land – welches von 1910 bis 1945 von Japan besetzt war – in ein von der Sowjetunion beherrschtes Nordkorea und ein von den USA beherrschtes Südkorea geteilt. Der erbittert geführte Koreakrieg (1950–1953) liess das Land erneut zerstört und ohne Sieger zurück und zementierte die Grenze zwischen den beiden Staaten. 1960 musste der mit eisernen Hand regierende, von den USA eingesetzte Staatspräsident Rhee aufgrund massiver Proteste der südkoreanischen Bevölkerung zurücktreten. Die darauf folgenden kleinen Demokratisierungsschritte wurden im Mai 1961 durch einen Militärputsch jäh abgewürgt. Der Putschistengeneral Park blieb bis 1979 an der Macht. Er regierte das Land mit brutalster Repression und wandelte das von den Kriegen zerstörte Agrarland in einen wirtschaftlich dynamischen modernen Industriestaat. In den 1970er Jahren forderten die IndustriearbeiterInnen und die StudentInnen vermehrt bessere Arbeitsbedingungen, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, politische Reformen sowie die Wiedervereinigung mit dem Norden. Wilde Streiks und andere Protestaktionen verbreiteten sich im ganzen Land. Als im Oktober 1979 der Militärdiktator Park von seinem eigenen Geheimdienstchef erschossen wurde, putschte wenige Wochen später Generalleutnant Chun gegen die damalige Militärführung, die ihm zu lasch erschien und schwang sich zum neuen Präsidenten auf. Insbesondere die StudentInnenbewegung protestierte lautstark gegen den Putsch.

DER SPONTANE AUFSTAND

Am 15. Mai 1980 beteiligten sich rund eine Million Menschen in der Hauptstadt Seoul an einer von den StudentInnen organisierten Demonstration. Darauf verschärfte die Regierung das Kriegsrecht, liess das Parlament, Parteibüros und Universitäten schliessen, und verbot jede politische Betätigung. Zahlreiche Führungsfiguren der Bewegung wurden verhaftet.

Während sich die Bewegung in Seoul angesichts der Repression nicht mehr auf die Strasse wagte, kam es in Kwangju zu einem Volksaufstand. Obwohl auch in Kwangju die wichtigsten AnführerInnen der Bewegung im Gefängnis waren oder untertauchen mussten, liess sich die Basis der StudentInnenbewegung von der Militärpräsenz nicht einschüchtern und akzeptierten die Schliessung der Universitäten nicht. Täglich kam es zu spontanen Demonstrationen, zuerst von Hunderten, später von Tausenden StudentInnen. Mit der Billigung der US-Armeeführung, welche noch immer das Oberkommando über die südkoreanische Streitkräfte hatte, wurden über 3000 berüchtigte Fallschirmjäger von der Demarkationslinie beim 38. Breitengrad nach Kwangju beordert. Diese gingen am 18. Mai mit unglaublicher Brutalität gegen die StudentInnen vor und besetzten die verschiedenen Unigelände der Stadt. Trotz Hunderten Verhafteten, Schwerverletzten und Dutzenden Toten gaben die StudentInnen nicht auf. Tags darauf bekamen sie Unterstützung von Hunderttausenden BewohnerInnen von Kwangju. Mit Steinen, Molotow Cocktails und rollenden brennenden Autos verteidigten sie sich gegen die Armee, die immer wie-

der in die Menge schoss. Im Laufe der Kämpfe plünderten die Aufständischen verschiedene Waffendepots der Armee und Polizei und Kohlearbeiter brachten grosse Mengen von Dynamit in die Stadt. Die Aufständischen bildeten Kampftruppen und konnten die Armee am 21. Mai 1980 zum Rückzug zwingen. Kwangju war befreit, Hunderttausende feierten in den Strassen!

DIE BEFREITE STADT …

In den folgenden fünf Tagen gründeten die BewohnerInnen unzählige Komitees, beseitigten die zerstörten Autos und Abfälle von den Kämpfen, betrieben Suppenküchen, gaben ab dem 20. Mai eine eigene Tageszeitung heraus, pflegten die Verwundeten, beerdigten die Gefallenen, sammelten Geld für den Aufstand und bildeten eine «BürgerInnenarmee», um die Verteidigung der Stadt gegen den zu erwartenden Angriff der Streitkräfte zu organisieren. Obwohl die Polizei in den Strassen nicht mehr präsent war, blieben Plünderungen aus und Verbrechen nahmen nicht zu. Die Märkte und Läden waren nach den Kämpfen wieder geöffnet. Den Aufständischen war bewusst, dass sie keine Chance haben, wenn es in anderen Regionen nicht auch zu Protestaktionen kommen würde. Doch ausser in einigen anderen Städten im Südwesten behielt die Armee die Kontrolle im Rest des Landes. Kwangju war umzingelt von den Militärs, die Telefonleitungen waren gekappt und in den Medien wurde nicht über den Aufstand berichtet. Delegationen von Aufständischen, die nach Seoul reisen wollten, wurden von der Armee aufgehalten. Am 27. Mai ertränkte die Armee den Aufstand in einem

blutigen Massaker. Während die Regierung von 240 Toten spricht, gehen andere Quellen von 2000 Toten aus. Tausende wurden verhaftet, 400 davon zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Während General Chun also einen leichten militärischen Sieg errang, hat er historisch gesehen trotzdem verloren. Das Blut an seinen Händen konnte er nicht wegwaschen. Mitte der 1980er-Jahre nahmen die Kämpfe im ganzen Land wieder an Intensität zu. Im Sommer 1987 legten über 3000 wilde Streiks das Land lahm und zwangen die Militärregierung zu Konzessionen. 1992 wurde zum ersten Mal ein ziviler Präsident gewählt und im November 1997 schliesslich wurde Chun wegen des Massakers von Kwangju zum Tote verurteilt. Das Urteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt.

… INSPIRIERT BEFREIUNGS-BEWEGUNGEN IN GANZ ASIEN

In ganz Asien steht «Kwangju» seither für den Kampf um Befreiung und inspirierte zahlreiche Bewegungen: von der People's-Power-Bewegung auf den Philippinen, die 1986 die über 20-jährige Diktatur von Marcos beendete, über die Studentenproteste für mehr Demokratie auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens 1989 und die StudentInnenproteste 1992 in Bangkok bis hin zu den StudentInnendemonstrationen in Jakarta, die Suharto nach 30 Jahren Herrschaft 1998 zur Abdankung zwangen. Aber mehr noch als das steht Kwangju für die Fähigkeit der Menschen, sich spontan zu organisieren und gegen unmenschliche Bedingungen zur Wehr zu setzen, ohne auf Befehle von oben zu warten.

ZUM WEITERLESEN:

Lee Jae-eui: **Kwangju Diary**
Beyond Death, Beyond the
Darkness of the Age
UCLA Monograph Series
Los Angeles, 1999

Scott-Stokes Henry, Lee Jae-eui (Hg):
The Kwangju Uprising:
Eyewitness Press Accounts
of Korea's Tiananmen
M.E. Sharpe, Armonk, NY 2000

Militärjunta
Militärdiktatur. Regime, in der die politische Führung vom Militär (oder Teilen davon) ausgeübt wird.

Syngman Rhee
(*26.3.1875, † 19.7.1965)
Nach dem Ende der japanischen Besatzung und der Proklamierung der Republik Koreas am 15.8.1948 wird Syngman Rhee deren erster Präsident. Nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit im Jahr 1960 versucht er durch Wahlfälschung im Amt zu bleiben und löst damit schwere Unruhen aus. Schliesslich tritt er am 26.4.1960 nach 12-jähriger Amtszeit zurück.

Park Chung-hee
(*30.9.1917, † 26.10.1979)
General Park Chung-hee kommt nach einem Militärputsch 1961 an die Macht. 1963 wird er zum Präsidenten gewählt und regiert das Land mit diktatorischer Härte, bis er im Oktober 1979 ermordet wird. Während seiner Amtszeit legt der südkoreanische Präsident den Grundstein für den Aufstieg Südkoreas in die Riege der führenden Industrienationen.

Chun Doo-hwan
(*18.01.1939)
Im Mai 1980 gelangt Generalleutnant Chun Doo-hwan durch die blutige Niederschlagung der Unruhen in Kwangju an die Macht. Er stellt die alten autoritären Führungsmethoden wieder her und lässt alle politischen Opponenten einsperren. In einer manipulierten Wahl wird er kurz darauf wiederbestätigt und bleibt bis 1988 an der Spitze.

Aufstand im Mittelland

Wir schreiben Mittwoch, den 20.12.2006.
Früher Morgen.

Die Strassen dieser mittelländischen Kleinstadt sind noch leer. Schlaftrunken und heiser krächzt ein Vogel. Nichts weist darauf hin, dass schon bald alles anders sein wird auf diesen Gassen. Hier und dort wird ein Fenster hell oder öffnet sich, um die verbrauchte Luft einer Nacht auszuatmen. Die Sonne wird noch lange nicht aufgehen, und selbst der Rauch, der aus den Kaminen steigt, macht den Eindruck, als ob er im nächsten Augenblick als russiger Klotz gefroren zu Boden fallen würde.

Noch ein kurzes Weilchen und die Türen der Häuser und Wohnkasernen gehen eine nach der anderen auf. Graue Gestalten schleichen sich zur Tür hinaus. Manche vermummt, denn es ist ja bitterkalt, und in den Hinterköpfen ist noch immer die Erinnerung an die Wärme der Betten, aus denen die grauen Gestalten soeben gestiegen sind.

Grimmig und schweigsam gehen sie los. Alle für sich allein. Sie schauen einander nicht an und gehen doch, wie einem geheimen Befehl folgend, alle in die selbe Richtung. Alle haben sie das gleiche Ziel, auch wenn es so aussieht, als ob sie sich nicht kennen würden, geschweige denn ein gemeinsames Ziel abgemacht hätten. Hinunter zum Bahnhof zieht der seltsame Zug, der kein Ende nehmen will, und dort auf dem Bahnsteig versammelt sich eine schweigsame, mürrische Masse.

So stehen sie also, schauen alle geradeaus auf die Geleise, studieren mit verbissenem Blick einzelne Schottersteine, die im Geleisebett neben abgebrannten Kippen und leeren Dosen liegen. Oder auf die Werbetafel, die auf dem gegenüberliegenden Bahnsteig zwischen zwei Bänken ihre frohe Botschaft verkündet. Die Szenerie wirkt trotz der hellen, modernen Beleuchtung und der allgegenwärtigen Wohlfühlwerbung seltsam düster und ungemütlich.

Eine gereizte Stimmung liegt in der Luft; schon wieder so ein Tag, an dem die Menschen die Sonne nicht sehen werden, an dem sie Dinge tun, zu denen sie keinen Bezug haben. Sie

werden wie bestellt ihre Arbeit erledigen. Freudlos – aber was tun, sonst? Gar nicht erst auf der Arbeit erscheinen? Den Chef anrufen und ihm erzählen, dass man krank sei? Einen anderen Zug nehmen und ans Meer fahren? Es müsste sich etwas ändern in diesem Land. Man müsste es dem Chef mal sagen.

Der Zorn der Menschen, die da auf dem Bahnsteig stehen, wächst von Minute zu Minute. Wie ein zäher Brei scheint er über den Boden zu fliessen und die Füsse der herumstehenden Menschen zu umschliessen. Langsam kriecht er den Menschen zuerst die Beine und dann den Rücken hinauf und bleibt im Genick sitzen.

Mit einem pfeifenden Bremsgeräusch fährt die Vorortsbahn in den Bahnhof ein und weckt die Menschen aus ihrer stillen Wut. Mit einem leisen Zischen öffnen sich die Türen. Grelles Licht aus den Wagons schlägt den Wartenden entgegen. Die Wut und der Zorn, die vorher ihre Knöchel umschlossen gehalten hatten, lösen sich und verschwinden geräuschlos durch den harten Asphaltbelag des Bahnsteigs; zurück bleibt der graue feine Staub, wie er überall auf den Bahnhöfen zu finden ist.

Die Menschenmasse setzt sich in Bewegung, drängelt durch die engen Türen in die Abteile. Die ersten setzen sich und schauen nicht einmal auf, wenn sich die Nachfolgenden neben sie setzen. Zeitungen werden aufgeschlagen und geblättert. Der Zug fährt mit einem kleinen Ruck an, der hell erleuchtete Bahnhof schiebt sich langsam aus dem Sehfeld der stumm dasitzenden Menschen, zurück bleibt ihr Spiegelbild in den Zugfenstern; bleiche Gesichter, die verbissen vor sich hin oder in Zeitungen hineinschauen.

Langsam kriecht wieder die Wut aus den Polstern der muffigen Eisenbahnsitze heraus und setzt sich in den Rükken der Menschen fest, kriecht wieder bis hinauf ins Genick. Man müsste etwas tun. So kann es nicht mehr weitergehen. Ausbrechen! Etwas anderes tun, diese Wut loswerden, das Übel bei der Wurzel packen, einmal den Chef anschreien, ihm sagen, was einem nicht passt, dass er einem gestohlen bleiben könne; in einen Streik treten, eine Bank überfallen, Amok laufen, einmal eine Bombe legen, um dem Irrsinn ein Ende zu bereiten; all das tun, was man sich bisher immer wieder ausgemalt hat. Zum summenden Geräusch des Vorortszuges gesellt sich ein Brodeln wie aus einem Topf voll kochendem Wasser. Die Zeitungen werden heftiger geblättert, und es wird noch grimmiger ins Spiegelbild der Wagenfenster hineingestarrt. Manche fangen an, mit den Fingern nervös auf das Abteiltischchen oder auf den eigenen Oberschenkel einzutrommeln; leise kaum hör-, aber körperlich spürbar.

Mit jedem Ruckeln des über eine Weiche fahrenden Zuges reift der Entschluss, dass etwas geschehen muss. Manche schauen nun verstohlen zu einem ihrer Gegenüber und ihr Gegenüber zum nächsten Gegenüber, alle schauen sie jemanden an, ohne miteinander in Kontakt zu treten. Draus-

sen huschen die Lichter der Stadt vorbei. Das gleichmässige Surren des Vorortszuges geht im pfeifenden Geräusch der Bremsen unter, und mit einem weiteren Ruck steht der Zug still. Die Menschen erheben sich und drängen zur Tür, welche sich mit einem Schmatzen öffnet. Die Menge strömt auf den Bahnsteig und hetzt zum Ausgang des Bahnhofs. Mit schnellem Schritt gehen sie durch die Strassen, sie haben alle ein Ziel vor Augen, wollen etwas verändern. Die Wut hängt ihnen immer noch am Genick. Sie stürmen auf die Bürogebäude zu, treten ein und gehen ohne Worte und mit grimmigen Blick auf die Aufzüge zu.

Im Aufzug drängeln sie. Jeder will zuerst hinauf. Der Aufzug öffnet sich, und die Menschenmenge verteilt sich in den Gängen. Sie ziehen ihre Mäntel aus, hängen sie an die Garderobe, machen sich erstmal eine Tasse starken Kaffee.

Die rechte Hand auf der Computermaus, die linke an der heissen Tasse. Langsam beginnen ihre Hirne sich auf die tägliche Arbeit zu konzentrieren. Der Gedanke ans warme Bett und die Wut werden langsam durch die Hoffnung zur Seite gewischt, dass bald Abend sein wird. Sie sind aufgestanden. Der Aufstand ist vorbei.

@rchi-Wahr

Adressen

ANTIFAS

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
www.antifa.ch

AG Antifa
c/o Revolutionärer Aufbau
Postfach 8663
8036 Zürich
www.aufbau.org

Aktion gegen rechte Gewalt (agrg)
www.agrg.imnetz.ch

Bündnis Alle gegen Rechts! Bern
www.buendnis-gegen-rechts.ch

ANTIREP

Anti-Rep-Telefon Region Basel
079 608 91 86
(bei Demos/Aktionen in Basel besetzt)
c/o Augenauf Basel
Postfach 527
4005 Basel

Groupe Antirép de Genéve
antirepg8@no-log.org

Groupe Antirép de Lausanne
gar@no-log.org

Rote Hilfe Zürich
Postfach 8663
8036 Zürich
079 626 84 21
Antirep- & Antifa-Telefon (immer besetzt)
www.aufbau.org

KULTURZENTREN

KIFF
Tellistrasse 118
5000 Aarau
www.kiff.ch

Villa Rosenau
Neudorfstrasse 93
4056 Basel
www.villarosenau.ch.vu

Reitschule Bern
Neubrückstrasse 8
PF 5053, 3011 Bern
www.reitschule.ch

AJZ Biel / CAJ Bienne
P.O. Box 4140
2500 Biel/Bienne 4
www.ajz.ch

KuZeB
Ecke Zürcherstrasse / Zugerstrasse
Postfach 512
5620 Bremgarten AG
www.kuzeb.ch

El Beledia
Kornhausgasse 12
3400 Burgdorf
www.nestbau.ch

L'Usine
Place de volontaires
1204 Genève
www.usine.ch

LaKuZ
Farbgasse 27, PF
4900 Langenthal
www.lakuz.ch.vu

Espace Autogéré
César-Roux 30
1005 Lausanne
www.squat.net/espaceautogere

CSOA il Molino
Area ex Macello
Viale Cassarate 8
6900 Lugano
www.ecn.org/molino

BOA Kulturzentrum
Geissensteinring 41
6005 Luzern
www.boaluzern.ch

Kammgarn
Baumgartenstrasse 19
8200 Schaffhausen
www.kammgarn.ch

Himmelclub Schwyz
6423 Seewen SZ
www.himmelclub.ch

Grabenhalle
Unterer Graben 17
9000 St. Gallen
www.grabenhalle.ch

Café Bar Mokka
Allmendstrasse 14
3600 Thun
www.mokka.ch

Rote Fabrik
Seestrasse 395
8038 Zürich
www.rotefabrik.ch

INFOLÄDEN

Librairie Fahrenheit 451
Rue du Lac, 44
1400 Yverdon-les-Bains
024 425 10 41
www.fahrenheit451.ch

Infoladen Reitschule
PF 5053, 3001 Bern
031 306 69 52
www.infoladen-bern.ch

Laesothek KuZeB
Postfach 512
5620 Bremgarten AG
www.kuzeb.ch

Infokiosk Espace
Autogéré
César-Roux 30
1005 Lausanne

Infoladen Romp
PF 6633, 6004 Luzern
www.romp.ch

Infoladen Chat Noir
Burg 4
2502 Biel
032 323 41 25
www.chessu.ch

Infoladen Rabia
Bachtelstrasse 70
8400 Winterthur

Infoladen Kasama
Militärstrasse 87a
8004 Zürich
044 217 90 09
www.kasama.ch

Cafe Kabul
Rickenbachstrasse 56
6430 Schwyz

Plattfon
Lindenberg 23
4058 Basel

INTERNETADRESSEN POLITGRUPPEN (CH)

Alternativ-Revolutionäre Kräfte Winterthur
www.ark.ch.vu

Antifa Bern
www.antifa.ch

Antirep.ch
www.anti-rep.ch

Anti-WTO-Koordination Bern
www.anti-wto.ch

Autonome Gruppen Oberland
www.a-g-o.ch.vu

Bündnis Alle gegen Rechts! Bern
www.buendnis-gegen-rechts.ch

Aktion ungehorsamer Studierender
PF 5053, 3001 Bern
www.ungehorsam.ch

Crack the WEF
www.no-wef.ch.vu

Direkte Solidarität mit Chiapas
www.chiapas.ch

Freie ArbeiterInnen Union Schweiz
www.fauch.ch

Beratungsstelle für Militärverweigerung
www.armymuffel.ch

GSoA
Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
www.gsoa.ch

Phase 1 Luzern
www.phase1.net

Rebellion
OSL und Libertäre Koordination
FAUCH-OSL Bern
www.rebellion.ch

Revolutionärer Aufbau Schweiz
www.aufbau.org

Aktiv unzufrieden
Alternatives Bündnis St. Gallen
www.aktiv-unzufrieden.ch

Gruppe eiszeit
www.eiszeit.tk

Hausbesetzungen
www.squat.net

ANTIRASSISMUS

Aktion Kinder des Holocaust
www.akdh.ch

augenauf
Menschrechtsverein
www.augenauf.ch

Cabi
Anlaufstelle gegen Rassismus
Linsebühlstrasse 47
9000 St. Gallen
www.cabi-sg.ch

gggfon
Informations- und Beratungsstelle zum Thema Gewalt und Rassismus, Region Bern
031 333 33 40
www.gggfon.ch

EDV-ERFASST

Halbzeit
Fussballlokal im Norden Berns – Gemeinsam gegen Rassismus
www.halbzeit.ch

Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz
www.hans-stutz.ch

Sans-Papiers-Kollektiv Bern
www.sans-papiers-bern.ch

Solidarité sans Frontiéres
www.sosf.ch

Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus
www.gra.ch

LINKE MEDIEN INTERNET

Indymedia Switzerland
www.indymedia.ch

ZEITUNGEN/ ZEITSCHRIFTEN

Correos de las Américas Zentralamerika-Sekretariat Zürich
Röntgenstrasse 4
8005 Zürich
044 271 57 30
zas@access.ch

FriZ – Zeitschrift für Friedenspolitik
PF 6368, 8023 Zürich
Gartenhofstrasse 7
8004 Zürich
044 242 22 93 oder
044 242 85 28
www.efriz.ch

Lautstark
Antifa Bern
PF 5053, 3001 Bern
www.antifa.ch

Megafon – die Zeitung der Reitschule Bern
PF 7611, 3001 Bern
www.megafon.ch

Rebellion
Zeitung der FAUCH
www.rebellion.ch

Revolutionärer Aufbau
PF 8663, 8036 Zürich

Vorwärts Die sozialistische Wochenzeitung
PF 2469, 8026 Zürich
044 241 66 77
www.vorwaerts.ch

WochenZeitung WOZ
Hardturmstr. 66
8031 Zürich
044 448 14 14
www.woz.ch

Taxi Magazin für Soziales und Kultur
Postfach 74
8308 Illnau-Zürich
www.strassen-magazin.ch.vu

RADIOS

Radio LoRa
PF 1036, 8026 Zürich
Militärstrasse 85a
8004 Zürich
www.lora.ch

Kanal K
Aargauer Regionalradio
PF, Rohrerstrasse 20
5001 Aarau
www.kanalk.ch

Verein Radio RaBe
Randweg 21
PF 297, 3000 Bern 11
www.rabe.ch

Radio RaSA
Mühlenstrasse 40
Postfach 3370
8201 Schaffhausen
www.rasa.ch

Radio Zones
Case Postale 141
1211 Genève
www.radiozones.com

toxic.fm
Engelaustrasse 15
PF, 9001 St.Gallen
www.toxic.fm

Radio 3FACH
Zürichstrasse 49
6004 Luzern
www.3fach.ch

Radio X
Spitalstrasse 2
4004 Basel
www.radiox.ch

BUCHHANDLUNGEN

Atropa Genossenschaft
Kirchplatz 2
8400 Winterthur
www.wundertour.ch

Am Rand
Röschibachstr. 73
8037 Zürich
www.amrand.ch

Buchhandlung Irene Candinas
Münstergasse 41
3008 Bern
frauenbuchhandlung.ch

Lindwurm
Lausannegasse 41
1700 Fribourg
www.lindwurm.ch

Comedia
Katharinengasse 20
9004 St. Gallen
www.comedia-sg.ch

Basta librairie-galerie
Nouvelles éditions populaires
Rue du Petit-Rocher 4
PF, 1000 Lausanne 9

Frauenbuchladen
nur noch online!
www.frauenbuch-laden.ch

Münstergass-Buchhandlung
Münstergasse 35
PF 584, 3000 Bern 8
www.muenstergass.ch

Studentische Buchgenossenschaft Bern
Länggassstrasse 49
3012 Bern
www.bugeno.unibe.ch

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich
www.helvetiabuch.ch

Paranoia City
Bäckerstrasse 9
8004 Zürich
www.paranoiacity.ch

FRAUEN: WEBSITES ZEITSCHRIFTEN

Fembit.ch
Website für Frauenprojekte in der Schweiz
www.fembit.ch

Frauenstreik.ch
www.frauenstreik.ch

FRAZ
Frauenzeitung
Mattengasse 27
PF, 8031 Zürich
www.fraz.fembit.ch

L'Emilie
Revue féministe
Case postale 1345
1227 Carouge - Genève
www.lemilie.org

FRAUENHÄUSER

siehe www.frauenhaus-schweiz.ch

Frauenhaus Aargau
PF, 5000 Aarau
062 823 86 00

Frauenhaus Basel
PF 111, 4005 Basel
061 681 66 33
www.frauenhaus-basel.ch
Beratungsstelle:
061 693 05 55

Berner Frauenhaus
PF 297, 3007 Bern
031 332 55 33

Frauenhaus Biel
Beratungsstelle
Bahnhofstr. 36
2502 Biel, 032 322 03 44

Frauenhaus / Solidarité-Femmes
PF, 1700 Freiburg
026 322 22 02

Frauenhaus Luzern
PF, 6005 Luzern
041 360 70 00

Frauenhaus Aida
Postfach 111
4502 Solothurn
079 643 38 14

Frauenhaus St. Gallen
PF, 9001 St. Gallen
071 250 03 45

Frauenhaus Thun
PF, 3601 Thun
033 221 47 47

Frauenhaus
PF, 8400 Winterthur
052 213 08 78

Frauenhaus Zürich
PF 360, 8042 Zürich
044 350 04 04
www.frauenhaus-zuerich.ch

BERATUNGSSTELLEN

Frauengesundheits-zentrum
Aarbergergasse 16
3011 Bern

Mebif – Beratungsstelle für illegalisierte Frauen
PF 346, 3000 Bern 11
www.mebif.ch
079 666 95 72

Xenia
Beratungsstelle für Frauen im Sexgewerbe
Langmauerweg 1
3011 Bern
031 311 97 40

Nottelefon und Beratungsstelle für Frauen – gegen sexuelle Gewalt
PF, 8026 Zürich
044 291 46 46
www.frauenberatung.ch

ARCHIV

Maison de la femme
Sécretariat
Bibliothèque
Avénue Eglantine 6
1006 Lausanne
021 323 33 22

Gosteli-Archiv zur Geschichte der Schweizer Frauenbewegung
Altikofenstrasse 186
3048 Worblaufen

FrauenLesbenArchiv
Quellenstrasse 25
1. Stock
PF 1436, 8026 Zürich

TREFFPUNKTE

Frauenzentrum
Kronengasse 5, 2. Stock
PF, 5001 Aarau

Effzett-Frauenzimmer
Klingentalgraben 2
4057 Basel
www.effzett.ch

Frauenbeiz in der Brasserie Lorraine
Quartiergasse 17
3013 Bern
jeden 2. Montag
ab 18 Uhr

IDA – Frauenraum
Reitschule Bern
Neubrückstrasse 6
3012 Bern
www.idaderfrauen-raum.ch

Punkt 12
Treff für Mädchen und junge Frauen
Jurastrasse 1
3013 Bern

Frauenzentrale Luzern
Habsburgerstrasse 22
6003 Luzern

Frauenzentrum
Prisongasse 4
4500 Solothurn

Frauenzentrum Pudding Palace
Frauenbeiz
Mattengasse 27
8004 Zürich
frauenzentrum.fembit.ch

Mädchentreff
Treffpunkt für Mädchen ab 10 und junge Frauen
Zentralstrasse 24
8003 Zürich

POLITISCHE ORGANISATIONEN

Frauengewerkschaft Schweiz FGS
Bollwerk 39
PF 8207, 3011 Bern

Nogerete Fachfrauen Ethik und Medizin
Bollwerk 39, 3011 Bern
nogerete.tripod.com

Terre des Femmes Schweiz
Menschenrechte für die Frau
Bollwerk 39, 3011 Bern
terre-des-femmes.ch

LESBISCH/SCHWUL/QUEER

Homo AG
Neubrückstrasse 8
3012 Bern
homo@reitschule.ch

Homoland
Fanzine und Treffen
tuntentinte@gmx.net
www.homoland.net

Etuxx
News und Chats
www.etuxx.com

Queeruption
Internationales Treffen
www.queeruption.org

Bang Bang
Fanzine
bangbang1969.free.fr

A.G. Gender-Killer
www.gender-killer.de

Feelok
Infos zu Sexualität und Beziehungen
www.feelok.ch

Tschau
Infos zu Sexualität und Beziehungen
www.tschau.ch

Rainbowline
0848 80 50 80
www.rainbowline.ch

ABQ
Schulprojekt Gleichgeschlechtliche Liebe
www.abq.ch

comingInn
Berner Jugendgruppe für schwule und bisexuelle Jungs
www.cominginn.ch

Otherside
Les-Bi Jugendgruppe
www.otherside.ch

Pink Cross
www.pinkcross.ch

Lesbenorganisation Schweiz
www.los.ch

Traudi.ch
ein lesbischwules Jugendprojekt
www.traudi.ch

Purplemoon
lesbischwul + friends
www.purplemoon.ch

LesBiRuf
Beratung für lesbische und bisexuelle Frauen
PF 7046, 3001 Bern

Gay-Bern
das Portal der HAB
www.gay-bern.ch

Dr. Gay
Aids-Hilfe Schweiz
www.drgay.ch

MediGay
www.medigay.ch

KINOS

Cinema Spoutnik
4 place des Volontaires
1204 Genève
www.spoutnik.info

Cinématte
Wasserwerkgasse 10
3000 Bern 13
www.cinematte.ch

Kellerkino Bern
Kramgasse 26
3011 Bern
www.kellerkino.ch

Kino Freier Film
Laurenzenvorstadt 85
5001 Aarau
www.freierfilm.ch

Kino in der Reitschule
Neubrückstrasse 8
3012 Bern
www.reitschule.ch

Landkino
Kino Sputnik
Poststrasse 2
4410 Liestal
www.landkino.ch

Lichtspiel - Kinemathek
Bahnstrasse 21
3008 Bern
www.lichtspiel.ch

KINOK
Grossackerstrasse 3
9006 St. Gallen
www.kinok.ch

Neues Kino
Klybeckstrasse 247
PF 149, 4007 Basel
www.neueskinobasel.ch

Stadtkino Basel
Klostergasse 5
4051 Basel
www.stadtkinobasel.ch

Xenix
Kanzleistrasse 56
8004 Zürich
www.xenix.ch

TREFFPUNKTE, GENOSSENSCHAFTS-BEIZEN

Kulturbeiz Neuhof
Sternenstrasse 30
8164 Bachs
www.rundumkultur.ch

Hirscheneck
Lindenberg 23
4058 Basel
www.hirscheneck.ch

Café Kairo
Dammweg 43
3013 Bern

Brasserie Lorraine
Quartiergasse 17
3013 Bern

Du Nord
Lorrainestrasse 2
3013 Bern

I-fluss
Reitschule Bern
Neubrückstrasse 8
3012 Bern

Schütti
Postgasshalde 41
3012 Bern

Sous le Pont
Reitschule Bern
Neubrückstrasse 8
3012 Bern
www.souslepont.ch

St-Gervais
Untergasse 21
2502 Biel/Bienne

Casa del 1577
6914 Carona

Widder
Steinenstrasse 2
6004 Luzern

Gasthaus Rössli
9122 Mogelsberg
roessli-mogelsberg.ch

Restaurant Kreuz
Hauptstrasse 33
2560 Nidau
www.kreuz-nidau.ch

Traube Ottikon
Bönlerstrasse 21
8626 Ottikon ZH
www.traube-ottikon.ch

Cafe du Soleil
R. Marché-Concours 14
2726 Saignelégier
www.cafe-du-soleil.ch

Espace Noir
Francillon 29
2610 Saint-Imier
www.espacenoir.ch

Zum Eichenen Fass
Webergasse 13
8200 Schaffhausen
www.fassbeiz.ch

Stüa granda
7610 Soglio
www.stua-granda.ch

Baseltor
Hauptgasse 79
4500 Solothurn
www.baseltor.ch

Kreuz
Kreuzgasse 4
4500 Solothurn
kreuz-solothurn.ch

Gasthof zum Löwen
Hauptstrasse 23
8580 Sommeri TG
loewen-sommeri.ch

Restaurant Sous-Moron
2748 Souboz

Restaurant Rössli
Bahnhofstrasse 1
8712 Stäfa
www.roesslistaefa.ch

Schwarzer Engel
Engelgasse 22
9000 St.Gallen

Restaurant Alpenrösli
Allmendstrasse 16
3600 Thun

Frohsinn
Wilerstrasse 12
8570 Weinfelden
frohsinn-weinfelden.ch

Adler
Grabenstrasse 35
9500 Wil SG

Kurve
Dorfstrasse 57
5200 Windisch

Widder
Metzgasse 9
8400 Winterthur

Löwen
Löwenstrasse 16
8400 Winterthur

Zum Goldenen Ochsen
Vordere Hauptgasse 8
4800 Zofingen

Café Zähringer
Zähringerplatz 11
8001 Zürich

El Lokal
Gessnerallee 11
8001 Zürich
www.ellokal.ch

DRUCK & GRAFIK

Sphères Bar
Hardturmstrasse 56
8005 Zürich

Ziegel au Lac
Rote Fabrik
Seestrasse 407
8038 Zürich
www.rotefabrik.ch

Druckerei Nicolussi
Thurgauerstrasse 72
8050 Zürich
044 302 01 44
www.nicolussi.ch

Ropress
Genossenschaft
Baslerstrasse 106
8048 Zürich
043 311 15 15
www.ropress.ch

sparkplugs
Optingenstrasse 54
3013 Bern
031 340 23 34
www.sparkplugs.ch

die anstalt
Illustration/Gestaltung
Militärstrasse 87a, PF
8026 Zürich
044 242 33 12
www.dieanstalt.ch

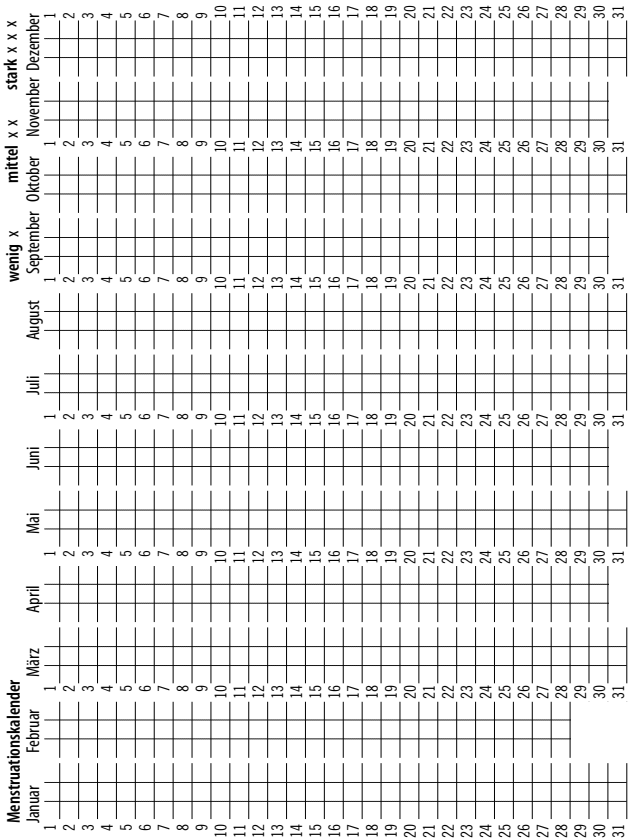
DRUCK & GRAFIK

Druckerei Reitschule
Neubrückstrasse 8
PF 7611, 3001 Bern
031 306 69 65
drucki.reitschule.ch

Oranis-Offsetdruck
Hohenbühlweg 4, PF
7002 Chur
081 252 45 92

Commune Autonome Imprimerie
Rte de Boujean 33
2503 Bienne
032 342 10 87

an|streicher
Korrektur&Grafik
Uferweg 42, 3013 Bern
031 331 81 03
www.anstreicher.ch



Stundenplan

wann	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag

Stundenplan

wann	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag

Notizen

ATTENTION
NOUVELLES CONDITIONS

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
oder via www.antifa.ch

Preis:15 Stutz